

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiler Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 13.

Sonnabend, den 1. April 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Zur Frühjahrsagitation. — Hezarbeit. III. — Die Differenzen in Reichenbach i. Odenw. — Aus dem Heppenheimer Granitbezirk. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Schwindelklassen-Praktiken. II. — Rundschau. — Literarisches. — Duitting. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Der Sieg der Bureaucratie. — Die Pflastersteinzollfrage. — Grenzstreitigkeiten. — Die gekränkten Schwarzen. — Submissionen. — Feuilleton: Literatenstand und Presse.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Hannover: Marmorwerk Aug. Wegener. — Arnsdorf: Steinbruch Jakobowitz. — Balduin-Rein: Zementfabrik Hemminge. — Ettringen bei Mayen (Rheinland): Firma Gebr. Ott. — Granitbezirk an der Bergstraße (Odenw.). — Beuthen: Firma Rosenthal.

Weimar (Bezirk Kassel). Die Firma Bauch sperrte wegen Organisationszugehörigkeit 300 Pflastersteinarbeiter aus. Die sofort eingeleiteten Verhandlungen zeigten das Resultat, daß die Aussperrung aufgehoben und verschiedene Differenzpunkte ebenfalls geschlichtet werden konnten. — Dieser Erfolg machte auf die erst kürzlich gegründete Zahlstelle einen günstigen Eindruck.

Niedernhausen (Odenwald). Der Streik bei der Firma Dyckerhoff & Reumann verlief für uns ungünstig. Die drei Gemäßregelten wurden leider nicht mehr eingestellt.

Reichenbach. Der Streik der Granitarbeiter bei der Firma Deutsche Steinindustrie dauert fort. Steinmehnen und Schleifer haben Zugang fernzuhalten.

Marktleschen. Der Streik im Granitwerk Bibernberg dauert fort.

Aue. Gestreikt wird bei folgenden Firmen: Hermann Weishorn, F. Salzer in Aue; Gebr. Bachmann in Neubörfel; Firma Groß in Plauenthal. Zugang ist streng fernzuhalten.

Oberdorf. Der Streik der Brecher und Räumer der Firma Schilling ist mit Erfolg beendet. Die Brecher erhalten fünf Prozent und die Räumer zehn Prozent Zuschlag auf den jetzigen Tarif. Außerdem wird bei schlechten Bruchstellen der Lohn garantiert.

Striegau. Die Unternehmer beobachten immer noch die Taktik, den Arbeitswechsel unmöglich zu machen. Zugang nach hier ist streng zu meiden.

Schlesien. Im Heuscheuergebiet (Rüders, Mittelsteine, Wünschelburg) ist die Tarifbewegung noch nicht zum Abschluß gelangt. In österreichischen Zeitungen werden Steinmehnen nach der Heuscheuer gesucht, obgleich in Schlesien selbst Steinmehnen genug zur Verfügung stehen. Wir ersuchen, den Angeboten keine Folge zu geben.

Unterfränkisches Muschelkalkgebiet. Der Geschäftsgang ist gegenüber dem letzten Herbst und Winter ein schwächerer. Eine beträchtliche Anzahl unserer Kollegen, Brecher, Boffierer und Steinmehnen, sind arbeitslos. Trotzdem steht der christliche Sekretär Schedel-Würzburg mit den Unternehmern und Polieren in Unterhandlung, um christliche Steinarbeiter zu vermitteln. Der Steinhauer-Bezirkstarif soll durch ein Ueberangebot von Arbeitskräften außer Kurs gesetzt werden.

Stettin. Bei der Firma Gultav Görsch legten wegen Nichtbewilligung des Tarifs 16 Kollegen die Arbeit nieder. Die übrigen Unternehmer haben den Tarif unterzeichnet.

Erfurt. Die Kollegen der Firma Fröbel (Marmorarbeiter) befinden sich seit 20. März im Ausstand. Zugang ist fernzuhalten.

Kunze a. d. Bahn. Das Kunststeinwerk Hemming & Cie. ist wegen Maßregelung der organisierten Kollegen gesperrt. Die Firma sucht, da sie dringende Aufträge zu erledigen hat, im „Frankfurter Generalanzeiger“ Steinhauer.

Rohbach. Die Tarifverhandlungen sind vorläufig geschlichtet. Es soll nur auf Grund eines Bezirkstarifes für Pflastersteinarbeiter unterhandelt werden. Die Pflastersteinarbeiter von Bayern werden gut tun, sich für die bevorstehenden Unterhandlungen zu rüsten.

Regensburg. Die Firma Köhle & Meyer hat das Geschäft der Firma Lohner wieder eröffnet. Am 22. März kam ein Tarif zum Abschluß. Der Fichtelgebirgs-Normaltarif mit Schmiede- und Werkzeugfreiheit für Steinmehnen und Schleifer wurde für Granit- und Spentarbeit, der Regensburger Tarif für sonstige Arbeiten anerkannt.

Gotha. Die Tarifverhandlungen der hiesigen Granitarbeiter scheiterten. Die Kollegen reichten am 27. März die Kündigung ein.

Bühlberg (Bayrischer Wald). Die Unternehmer Sidlinger und Dümig haben den vorgelegten Tarif unterzeichnet. In Betracht kommen 20 Kollegen.

Blankenburg (Harz). Die Tarifverhandlungen sind vorläufig geschlichtet.

Nördlingen (Bayern). Bei der Firma Koppel & Söhne stehen sämtliche Schleifer und Hilfsarbeiter in Lohnbewegung. Die Kündigung wurde eingereicht.

Oypach und Beiersdorf (Sachsen). Die Firma Tempel lehnt jede Unterhandlung ab. Die Firmen Schindler und Winkler legten dagegen Tarife mit äußerst geringen Lohnsätzen vor. Zugang ist fernzuhalten.

Gesperert sind: Böhmen: Karlsbad. — Steiermark: Die Firma Schrödl wegen Tarifbruch. — Oesterreichisch-Schlesien: Von der Genossenschaft der Steinindustriellen, welcher die Betriebe in den Orten Friedeberg, Klein-Krosse, Rotwasser, Sehdorf und Schwarzwasser angehören, wurde der Lohnstarif gekündigt; es kommen 1293 Arbeiter in Betracht. — Kroatien: In Agram allgemeiner Streik. — Schweiz: Basel, Kunststeinfabrik Urbani.

Zur Frühjahrsagitation.

Der Frühling hat seine Boten ins Land geschickt. An den Sträußern zeigt sich langsam zartes Grün und in Wald und Flur warten schlummernd kleine Blumenknospen, daß sie die warmen Strahlen der Frühlingssonne wachflüssen sollen zum Blühen und Duft, auf daß des Menschen Herz sich daran erfreue.

Wie in der Natur Licht und Wärme ewig siegreich bleiben, so werden auch in der menschlichen Gesellschaft das Licht der Wahrheit und die Wärme der Menschenliebe alle jene finsternen Mächte überwinden, die heute noch Geist und Körper in Fesseln legen. Am Baum der Freiheit sind die Knospen noch nicht gesprungen. Wohl steht er in Erde, gedüngt mit dem Blute, das geflossen ist von Tausenden und aber Tausenden für die Befreiung der Menschheit aus den Gewalten Unwissenheit und materieller Abhängigkeit. Was sind gegen jene Opfer an Gut und Blut früherer Geschlechter die von uns gebrachten? Wir verdanken jenen so viel, und doch sind es noch unzählige Menschen, denen es an jeder Ahnung darüber fehlt, daß es der ungeheuersten Kämpfe und Opfer kostete, um ihnen die heutigen bürgerlichen Rechte, Freiheiten und wirtschaftlichen Existenzbedingungen zu schaffen, die, so unzureichend und ungenügend sie sind, doch eine höhere Kulturstufe darstellen. Genießen wir die Früchte einer Ernte, für welche andre Geschlechter den Boden lockerten und mit Saat besäeten, so kann ebenfalls unsere Arbeit nicht nur dem augenblicklichen Vorteil gelten. Sie muß für die Zukunft bestimmt sein, wodurch erst sie zur Kulturarbeit wird, Kulturwert erhält. Unsere Arbeit besteht somit im Fortsetzen eines Werkes, das andre für uns begonnen und dessen Ziel die endgültige Befreiung des Menschen von der Uebermacht einer Minderheit seines eignen Geschlechts ist.

Es ist dem Menschen gelungen, die stärksten Kräfte der Natur seinem Willen unterzuordnen, er ist der Beherrscher der Natur, aber als Arbeiter gleichzeitig doch der Beherrschte, in seiner Mittellosigkeit der vom Willen anderer Abhängige.

Aber die Arbeiter haben trotz aller Unterdrückung die Kraft gehabt, machtvolle Organisationen zu schaffen. Die Führer der Arbeiter wurden noch vor 10 bis 15 Jahren von den Regierungen schamlos bekämpft.

Was wir den Verfolgten früherer Freiheitskämpfe zu verdanken haben, das ist unser besseres Wissen, die höhere Bildung, Erkenntnis und Drang nach Wahrheit und der Rechtsboden, auf dem wir diese Kämpfe fortsetzen. Im Gegensatz zu früher ist der heutige Kampf im Dienste der Kultur organisierter Massenkampf, dessen unmittelbares Ziel durch die wirtschaftliche Besserstellung der Lohnarbeiter und der Erweiterung ihrer staatsbürgerlichen Rechte dargestellt wird. Die kulturelle Bedeutung dieses Kampfes liegt in seiner ununterbrochenen Fortsetzung bis zur Beseitigung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Ein Stillstand dieser Kämpfe würde gleichbedeutend sein mit der Niederhaltung der Arbeiterklasse auf niedrigerer Kulturstufe. An sich sind die herrschenden Klassen nicht etwa kulturfeindlich, sondern sie streben einer verfeinerten Kultur zu, ihre Kulturfeindlichkeit besteht aber darin, daß sie die Arbeiterklasse von der Anteilnahme am Mitgenuße an den Kulturerrungenschaften fernzuhalten trachten. Gleiche und vollberechtigte Menschen kann es unter den heutigen Verhältnissen nicht geben, die Verwirklichung dieses Prinzips wäre das Grab der bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

In der Arbeiterklasse ist der Drang nach Freiheit ein so starker geworden, daß ihn keine Macht der Erde mehr auszurotten vermag. An Versuchen, sie davon abzubringen, hat es nicht gefehlt, nicht an Zuckerbrot, nicht an der Peitsche; wo schöne Versprechungen nicht halfen,

versuchte man es mit Drohungen und schließlich mit Gewalt, d. h. gesetzlichen Unterdrückungen. Solche Gewaltakte halfen, für kurze Zeit den Fortgang der Arbeiterbewegung aufzuhalten. Durch sie gelang es, die Organisationen zu vernichten, die Arbeiter wirtschaftlich niederzuhalten, bequemer von ihrer Arbeitskraft Nutzen zu ziehen, bis dann selbst unter diesen Verhältnissen die Arbeiterklasse wieder stark genug geworden ist, dem Druck von oben den noch kräftigeren von unten entgegenzusetzen, das Joch abzuschütteln. Vielleicht, daß man es nochmals versucht, auf diese Art die Arbeiterbewegung zu entkräften, sei's darum, gelingen wird es nicht. Die Arbeiterschaft fürchtet sich vor solchen Maßnahmen nicht, sie wird diese reaktionären Mächte zu besiegen wissen. Wie in der Natur die Sonne den Winter aus dem Felde schlägt, so wird das der Arbeiterklasse gegen ihre Widersacher auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete gelingen. Sie hat die Gefühlsleere des Winters hinter sich, spottet seiner, wenn er sie mit den „Schauern körnigen Eises“ zu schreden versucht, denn in ihr lebt der Frühling mit allen seinen Impulsen der Sehnsucht, Liebe, Kraft und Schaffenslust.

Man mag jetzt was immer für ein Gewerkschaftsblatt zur Hand nehmen, aus jedem spricht die Aneiferung zur Agitation zu uns. Alles rüstet, und weil dies auch unsere Gegner tun, deshalb könnten wir keinen größeren Fehler begehen, wie zu warten und so den Beginn der eigenen Agitationsarbeit zu verzögern, zu vernachlässigen.

Daß durch eine rege Agitation unsere Mitgliederzahl enorm gesteigert werden kann, hat das Vorjahr glänzend bewiesen. Es konnten über 5000 neue Streiter dem Steinarbeiterverband zugeführt werden. Angesichts eines so glänzenden Resultats muß jedem Verbandskollegen das Herz höher schlagen. 5000 neue Mitglieder bedeuten, daß unsere Verwaltungskosten und Agitationskosten prozentual gegen früher bedeutend reduziert werden können. Die 5000 Neueingetretenen bewirken, daß unsere Macht dem Unternehmertum gegenüber immens erhöht wird. Unter den 5000 neuen Kämpfern wird sich ein Teil ebenfalls agitatorisch betätigen können, denn in jeder Branche haben wir immer noch tüchtige Agitatoren gefunden. Diese 5000 Neueintritte geben auch die Gewähr, daß im Verbands für den nötigen Nachwuchs gesorgt ist.

Auch im Jahre 1911 muß eine bemerkenswerte Mitgliederzunahme eintreten und diese kann erreicht werden, wenn wir alle unsere Pflicht tun und ungesäumt an die Verbearbeit gehen.

Allerdings heißt es arbeiten. Die Indifferenten laufen uns sozusagen nicht ins Haus, wir müssen sie aufsuchen. Und wie oft müssen wir hören: Ach, die Steinbruchsarbeiter können ja doch nicht organisiert werden. Wie falsch ist diese Redensart. Schlagen wir doch die Verbandsgeschichte nach.

Ein volles Jahrzehnt hat es gedauert, um die Sandsteinarbeiter im Heuscheuergebirge (Schlesien) organisieren zu können. Große Hindernisse waren zu überwinden, aber die zähe Arbeit brachte doch Erfolg.

Die Pflastersteinarbeiter in Strehlen und Ströbel wurden sehr oft agitatorisch in Angriff genommen. Es war beinahe zum Verzweifeln, in den Ströbeler Kasematten Mitglieder zu gewinnen. Heute zählen die beiden Orte mindestens 500 Verbandszugehörige.

Die Steinbruchsarbeiter im Elbsandsteingebiet raten nach einer erfolglosen Lohnbewegung aus unsern Reihen, aber die betriebene Kleinarbeit brachte es zuwege, daß wir sie heute wieder um die Fahne des Verbands geschart sehen.

Im Kasseler Basaltgebiet hat sich der Verband einen starken Stützpunkt geschaffen, und die 300 Verbandsmitglieder in Weimar (bei Kassel) haben sich bei der soeben beendeten Aussperrung sehr tapfer geschlagen. (Siehe Rubrik: Streiks und Sperren.)

Im Odenwald ging es vor zehn Jahren mit dem Verbands gar nicht vorwärts; aber die Beständigkeit in der Verbearbeit führte zu einem vollen Erfolg.

Wie unsicher waren seit zwölf Jahren die Organisationsverhältnisse im Mainingebiet und dem bayrischen Walde. Heute verfügen wir dort über äußerst stabile Zahlstellen.

Die Erfolge, die unser Verband im Maulbronner Steinbruchsgebiet aufweisen kann, sind auch sehr beachtenswert, obwohl sehr oft die Rede zu vernehmen war, im Süden geht's schwieriger mit dem Verband, als wie im Norden. Ja, das ist klar, daß beispielsweise die Organisation im Bunzlauer Distrikt straffer sein kann, das liegt eben daran, daß dort meistens Fremde beschäftigt sind.

Wie sich der Verband ausbreitet, das zeigen die Erfolge im 7. Gau (Röln). Im hartumstrittenen Manener Lavagebiet sind sehr beachtenswerte Erfolge zu verzeichnen. Ein Teil der Ripper (Pflastersteinboffierer) in den Grauwadesteinbrüchen des Agger- und Lahmbachtals wurden ebenfalls organisatorisch erfasst. Und welche Miniarbeit leisten dort die Herren vom Keramarbeiterverband! Hoch oben auf dem Westerwald und im ober-

heftigen Lavaeingebiet flattert stolz und kühn die Fahne des Zentralverbandes deutscher Steinarbeiter.

Auch im Ruhrkohlen- und Sandsteingebiet werden unsere Kollegen immer stärker; dort muß gerade jetzt mit der Kleinarbeit ungesäumt eingeseht werden.

Wir haben stichwortartig gezeigt, daß uns die Mitgliedschaften in den vorbenannten Bezirken nicht auf dem Präsentierteller überbracht wurden. Deshalb müssen wir immer wieder sagen, die Hindernisse sind nicht so groß, wie einige Kleingläubige dartzun wollen.

Allerdings mag die Aufklärungsarbeit in den Steinbrüchen etwas schwieriger sein, als auf den Steinmehrwerkplätzen. Aber auch die Kollegen der Steinmehrbetriebe stehen sehr häufig dem Organisationsgedanken ablehnend gegenüber.

Der Zentralverband deutscher Steinarbeiter ist gegenwärtig so ausgebaut, daß wir die schlechtest entlohnten Berufskollegen gewinnen können. Es war von ungeheurer agitatorischer Werte, daß im vorigen Jahre die Beitragsstaffelung detailliert vorgenommen wurde, dagegen die Erwerbslosenunterstützung eine Ablehnung erfuhr.

Jede Zahlstellenverwaltung muß es sich zur Aufgabe machen, danach zu streben, neue Mitglieder zu gewinnen. Es gibt noch Steinbruchgebiete, in denen wir noch nicht festen Fuß gefaßt haben. Da ist eine geschickte und zäh zu betreibende Agitationsarbeit nötig, um Erfolge zu erzielen.

Gerade im Frühjahr ist es nötig, daß in den Versammlungen im ersten Tagesordnungspunkt die Frage behandelt wird: Wie gewinnen wir neue Mitglieder? Und die Kollegen, die sonst im Punkt Gewerkschaftlichem so schön gedreht und übermäßig langanhaltend reden können, möchten bei der Behandlung dieses Punktes besonders praktisch mitwirken und außerhalb des Versammlungsraumes ihren Mann stellen, die Unorganisierten vom Werte des Verbandes zu überzeugen.

Die Zahlstellenverwaltungen haben die heiligste Verpflichtung, kleinliche Differenzpunkte ohne Hinzuziehung des zuständigen Gauleiters zu lösen. Auf diese Weise werden große Ausgaben gespart und die Gauleiter können sich dann in erster Linie der Agitation widmen. Wir haben noch so viel jungfräulichen Agitationsboden, daß wir uns an das Sprichwort halten müssen: *N i k e t d e n T a g*.

Im nächsten Jahre findet wieder Generalversammlung statt. Streben wir danach, daß die Debatten unter dem Eindruck einer ungeheuren Mitgliederzunahme stehen.

Hezarbeit.

III.

Der Feldzug der Provokation, die Aera der Ausnahmegesetze. Den Scharfmachern aller Richtungen fällt das ruhige und zielbewußte Vorgehen der modernen Arbeiterbewegung schwer auf die Nerven. Die besonnene Art, die besonnene Führung des proletarischen Klassenkampfes paßt der Reaktion ganz und gar nicht in die scharfmacherischen und verbrecherischen Pläne. Ja, wenn das Klassenbewußte Proletariat wenigstens einmal einen öffentlichen Anlaß bieten wollte, der das blutige und gewalttätige Niederhalten der Arbeiterbewegung rechtfertigen würde. Aber diesen Gefallen der Reaktion zu tun, dazu ist das Klassenbewußte Proletariat zu aufgeklärt, zu zielbewußt. Das reizt die Arbeiterfeinde, in ihrer Wut gehen sie dazu über, die Anlässe zu provozieren, die sie brauchen; in ihrem Haß bauschen sie alle noch so geringfügigen Vorkommnisse zu staatsfeindlichen und revolutionären Akten auf, um die Mittel der Fesse, der Verleumdung und Gewalt gegen die Arbeiterbewegung spielen lassen zu können. Die jüngsten Vorgänge haben das auf deutlichste gezeigt.

Um so erfolgreicher fährt das Proletariat in seiner Aufklärungsarbeit fort. Die Hezarbeit der Reaktion kommt dieser Aufklärungsarbeit trefflich zustatten. Es nützt den Arbeiterfeinden auch nichts, wenn sie den Spieß umzudrehen sich bemühen und das Proletariat der Hezarbeit zeigen. Die Heze der Reaktion, ihr Feldzug der Provokation und Gewalt ist denn doch zu plump und deutlich, als daß die arbeitserfeindliche Tendenz verborgen bleiben könnte. Dem einmütigen Urteil des Proletariats hat sich das Urteil aufrichtiger Elemente des Bürgertums rückhaltlos angeschlossen. Sie wollen nichts mit der Hezarbeit der Reaktion zu tun haben.

Nach den Vorgängen in Moabit und im Weddingviertel Berlins und der sich daran schließenden Heze der Arbeiterfeinde schrieb der Berichtsfatter der Londoner Daily News aus Berlin seinem Blatte: „Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Reaktionen und die Agrarier einen Feldzug der Provokation unternehmen haben, um den Mittelklassen einen Schrecken vor der Sozialdemokratie einzujagen und eine Aera der Ausnahmegesetzgebung einzuleiten.“ Nun, in der breiten Masse des arbeitenden Volkes herrscht die Meinung vor, daß der Feldzug gegen die Arbeiterbewegung schon eingeleitet wurde, als die junge Bewegung überhaupt auf dem Kampfboden erschien. Das soll ist aus der Aera der Ausnahmegesetzgebung gar nicht herausgekommen. Der Berichtsfatter des Londoner Blattes will deshalb gewiß nur den im Volk herrschenden Eindruck besonders hervorheben, daß dieser Feldzug neuerlich mit verschärfter Kraft und verschärften Mitteln fortgeführt werden soll.

Die Regierung ist denn auch bereits den Scharfmachernwünschen in weitestem Maße entgegen gekommen. Der Reichskanzler erklärte in der Reichstagsitzung vom 10. Dezember 1910: „Ausnahmegesetze oder nicht? Diese Frage tritt jetzt an uns heran. Mit Fürst Bülow bin ich der Meinung, daß zur Niederhaltung der in ihren Zielen gesetzwidrigen Machtpolitik der Sozialdemokratie die vorhandenen gesetzlichen Mittel genügen — aber die bestehenden gesetzlichen Mittel werden mit nachdrücklicher Energie angewandt werden und die Energie wird wachsen mit der Heftigkeit der Angriffe.“ Aber kurz vorher erklärte derselbe Reichskanzler in derselben Rede, nachdem er es als Mißstand bezeichnete, daß Prozesse wie der Moabiter Prozeß sich so langwierig gestalten können: „In der Strafprozeßordnung haben die verbindlichen Bestimmungen gegen diese Mißstände vorgeschlagen. Hoffentlich wird hierbei und bei der Bekämpfung des Mißbrauchs sozialpolitischer Einrichtungen zu sozialdemokratischen Parteizwecken der Reichstag die Regierung unterstützen. Auch ist die Sachverständigenkommission, die das neue Strafgesetzbuch ausgearbeitet hat, der Ansicht gewesen, daß das geltende Recht nicht ausreicht im Kampfe gegen aufhebende und aufreizende Agitatoren. . . . Es wird zu prüfen sein, ob auch in der Richtung nachdrücklicheren Schutzes der persönlichen Freiheit und des persönlichen Bestimmungsrechts (Arbeitswilligensatzung) das Strafgesetzbuch Ergänzungen bedarf.“ Das sind alles doch die schlimmsten „Ausnahmemittel“! Dazu hat die Regierung im preussischen Landtag ähnliche Ausnahmemittel bei der Durchführung der Strafprozeßreform angekündigt.

Die bürgerliche Reaktion hat denn auch bereits die Regierung für ihre Hezarbeit gewonnen. So schrieb die nationalliberale Magdeburger Zeitung: „Der bis jetzt noch daran zwei-

felte, daß die Regierung zu einem entschlossenen Vorgehen gegen die Sozialdemokratie entschlossen ist, der wird aus den wiederholten scharfen Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstage eines andern belehrt worden sein. Nach den Moabiter Unruhen (!) wird man sich auf eine unanschauliche Anwendung der bestehenden Gesetze machen müssen.“

Die organisierte Arbeiterbewegung ist nicht nur auf eine schärfere Anwendung der bestehenden Gesetze, nicht nur auf neue Ausnahmemittel gefaßt, sie ist durch ihren hohen Idealismus und durch eine straffe Organisation auch in der Lage, der finsternen und niederträchtigen Reaktion entgegenzutreten. Es ist aber gut, den arbeitenden Klassen die Augen zu öffnen, ihnen die Waffen zu geben, die sie im Kampf gegen die Arbeiterfeinde, gegen Ausbeutung und Bedrückung brauchen. Mag die Reaktion das Verteidigungsrecht beschränken, die Arbeiterführer mit dem verschärften Strafrecht bedrohen, ein gegen das kämpfende Proletariat gerichtetes Ausnahmegesetz schaffen und mag sie schließlich den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen rauben — die Sache des Proletariats ist bereits gewonnen.

Die Differenzen in Reichenbach i. O.

Betrachtet man die Vorgänge bei der Firma Deutsche Steinindustrie A.-G. in Reichenbach seit den letzten sechs Jahren, dann erweckt es den Anschein, als wenn die Firma nur Unternehmer ist, um mit den Arbeitern langwierige Lohnkämpfe zu führen. Während bei früheren Differenzen nur die Steinmehnen in Frage kamen, ist diesmal der Kreis erweitert, Schleifer und Hilfsarbeiter sind zum Teil mit inbegriffen. An diesen will nun die Firma ein Beispiel statuieren. Letzteres ist immer so eine eigenartige Sache, und wie es der Firma früher nicht gelungen ist, so wird es hoffentlich diesmal vorbeigelungen. Der Kampf selbst ist eigentlich von den Firmenvertretern direkt vom Jaun gebrochen; denn diese wittern hinter allem, was die Arbeiter unternehmen und auch in dem, was nicht unternommen wird, einen Schwanz gegen die Firma. Diese glaubt dann noch dem Sprichwort handeln zu müssen: Der erste Hieb ist der beste! So war es früher, so ist es auch heute, und damit auch der Kampf. Gewöhnliche Menschen lernen stets aus früheren Vorgängen; Erfahrung nennt man diese Lehre. Es gibt aber andre, die sich diese Lehre niemals aneignen, die blind auf etwas losgehen und allen Einflüsterungen von rechts und links Gehör schenken. Und wenn der erste Eifer vorüber ist, dann sehen sie ein, daß sie sich selbst bekämpfen, ja, selbst damit außerordentlich geschädigt haben. So geht es auch der Deutschen Steinindustrie A.-G. in Reichenbach.

Der jetzige Kampf hatte ein eigenartiges Vorspiel, eigenartig deshalb, weil es bisher noch nicht zu verzeichnen war in unserm Verbands, daß ein Tarifkontrahent, mit dem sechs Jahre ein Kollektivvertrag bestand, nunmehr mißtrauisch wurde und außer dem Tarifvertrag eine unterjährliche Erklärung verlangte, die einer Kategorie von Arbeitern, die außerhalb des Tarifvertrages stand, gewissermaßen Handfellen anlegte. — Mit dem 31. Dezember 1910 hatte der bis jetzt bestandene Tarif für Steinmehnen sein Ende erreicht, wenn die Kündigung einige Wochen vorher ausgesprochen wurde. Vor zwei Jahren war dieser Tarif auf eine andre Berechnungsart aufgebaut, und so war es nur zu natürlich, daß sich im Laufe der Stillschleissdauer allerhand Mängel und Einseitigkeiten herausstellten. Die Mängel auszumergen war bestimmte Absicht der Steinmehnen. Im Laufe der verfloßenen zwei Jahre waren aber auch einige Hilfsarbeiter dem Verbands beigetreten und auch die Schleifer hatten sich wieder zum großen Teil dem Verbands zugewendet. Daß diese Berufsangehörigen nun das Bestreben hatten, auch ihr Arbeitsverhältnis zu verbessern, ist eigentlich selbstverständlich. Den Schleifern war mit aller Deutlichkeit beigebracht worden, wo Bartel den Mast halt; denn vor vier Jahren, gelegentlich der Aussperrung unserer Verbandsmitglieder in Reichenbach, wurde der damalige Tarif für Schleifer und Steinmehnen in seinen sämtlichen Positionen um 10 Prozent aufgebessert. Die Schleifer betrachteten die Organisation als etwas Ueberflüssiges, und so sind ihnen die 10 Prozent wieder genommen. Ein ganz natürlicher Vorgang.

Jetzt haben sie den Weg zum Verbands teilweise wieder gefunden. Die Organisationsverhältnisse bei den Schleifern und Hilfsarbeitern gefaßt aber nicht, mit bestimmten Forderungen an die Firma heranzutreten. In einer Versammlung, die Anfang Dezember in Reichenbach tagte, behandelte ein Vorstandsvertreter die Situation. Die Schleifer und Hilfsarbeiter sahen von Forderungen ab, während die Steinmehnen beschlossen, den Tarif nicht zu kündigen, wenn die Mängel auf dem Verhandlungswege ausgemergt werden. Eine Verständigung darüber wurde auch mit der Firma erzielt, als aber die Verständigung durch Unterschrift befestigt werden sollte, da behauptet der technische Betriebsleiter auf Einziehung der Schleifer in den Tarifvertrag, oder Abgabe einer schriftlichen Erklärung, daß während der Dauer des Steinmehnarbeits die Schleifer nicht mit Forderungen kommen, Massenklündigung nicht vornehmen usw. Diese verlangte Erklärung wurde als unwürdig vom Verbandsvertreter bestimmt abgelehnt.

Darauf fanden dann Unterhandlungen über die Affordpositionen der Schleifer statt, so daß die Hoffnung bei den Arbeitern bestand, ohne Kampf den Tarif zum Abschluß zu bringen. Nun war es aber wieder der Betriebsleiter, der die Situation verschärfte, denn ganz unvermittelt verlangte er plötzlich dieselbe unterjährliche Erklärung, wie vor dem für die Schleifer, jetzt für die Hilfsarbeiter. Auch dieses wurde abgelehnt. Denn einmal waren nur wenige Hilfsarbeiter im Verbands und zweitens konnte ein Vertrag, der nur für Steinmehnen und Schleifer Geltung hatte, keine Fesseln für Arbeiter sein, die mit dem Vertrag selbst gar nichts zu tun hatten. Die Entlohnung der Hilfsarbeiter tariflich zu regeln lehnte die Firma ab, wir bestanden nicht darauf aus den bereits angeführten Gründen.

Weil nun eine schriftliche Erklärung von uns abgelehnt wurde, kündigte die Firma unsern Mitgliedern. Das ist die Ursache des nunmehr 13 Wochen dauernden Kampfes. Vergleicht man dieses Vorgehen der Firma resp. ihrer Vertreter mit den Ausführungen dieser über den Wert der Tarifverträge, die früher hier und da gelegentlich gemacht wurden, dann muß heute gesagt werden, die Ausführungen waren nicht ernst gemeint! Als vor einigen Jahren die Verhandlungskommission auf einige Betriebsmängel hinwies, da antwortete der Firmenvertreter dem Sinne nach: „Meine Herren, Sie kennen mich noch gar nicht.“ So ähnlich fiel auch schon einmal das Wort im Reichsparlament vom Ministertisch. Bei dieser angezogenen Verhandlung wurde im Anschluß an obigen Ausspruch von dem Firmenvertreter auf die Bestrebungen der Kulturgesellschaft (Abbe) hingewiesen, so daß Leichtgläubige denken konnten, für die Reichenbacher Steinarbeiter beginnt sich jetzt ein konstitutionelles Fabrikssystem nach und nach zu entwickeln. Gewiß haben solche Äußerungen wenig Wert für die Arbeiterschaft, denn der Firmenvertreter einer Aktiengesellschaft hat seine bestimmten Vollmachten, aber unangenehm wirkt es doch auf diejenigen, die sich solche Äußerungen merken, und nun sehen, daß gerade das Gegenteil eintritt von dem, was kommen sollte. Es war eine Seifenblase, wir haben leider schon so manche plazen sehen, doch „Schwamm drüber!“

Als am 22. März seitens des Zentralvorstandes eine Einigung versucht wurde, lehnte die Firma durch ihren Vertreter eine solche ab. Für sie gibt es nur eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, Tarif wird überhaupt nicht wieder abgeschlossen; Leute werden eingestellt, wie die Firma sie braucht, alle kommen nicht wieder hinein. Man wolle nicht alle zwei Jahre die Schere reißen. Die Arbeiter und wiederum die Arbeiter sind es, die alle zwei Jahre mit Forderungen kommen. Die Arbeiter wiederum sind es, die verurteilt haben, daß nicht alles so funktionierte bezüglich Dividenden auszahlen usw.

Wer die Reichenbacher Verhältnisse kennt, das maßvolle Verhalten unserer dortigen Mitglieder bei jeder Tarifverneuerung beobachtet hat, der ist natürlich anderer Ansicht. Warum die Aktiengesellschaft nicht die Gewinne abwirft wie andre ähnliche Unternehmungen, das zu untersuchen haben wir keine Veranlassung, ist auch nicht unsere Aufgabe. Wir verlangen nur gerechten Lohn, genaue Festsetzung der Affordpreise in Form von Tarifen und, soweit Hilfsarbeiter in Frage kommen, eine Entlohnung, die keinen Magenkrampf verursacht.

Bei dem Einigungsversuch wurde allerdings vom Firmenvertreter versichert, daß gegen die Organisation der Arbeiter und gegen die Organisation selbst nichts eingewendet werde, denn jeder Stand habe sie nötig. Solche platonische Erklärungen haben für uns Praktiker in der Organisation keinen Wert, erst recht dann nicht, wenn in demselben Atemzuge ein tarifloser Zustand verlangt wird. Wir wissen aus Erfahrung, wie der Pleksfuß zum Vorschein kommt. Daß unter diesen Umständen der Kampf in Reichenbach weitergeführt werden muß, braucht keiner weiteren Begründung, denn ein tarifloser Zustand ist in einem Ort wie Reichenbach nicht angebracht.

Darum heißt es ausbarren in dem aufgezwungenen Kampf hinter der Deutschen Steinindustrie A.-G. stehen andre, die sich freuen und schon lange danach streben, die unbehaglichen Mäher der organisierten Arbeiterschaft im Reichenbacher Tal mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Aus dem Heppenheimer Granitbezirk.

Der Friede ist im Odenwalder Granitbezirk immer noch nicht hergestellt. Dies ist nur den Provokationen der Herren Unternehmer zuzuschreiben. Sie scheuen sich nicht, nicht nur Arbeiter, sondern auch Kreis- und Gewerbeämter hinter das Licht zu führen. Ueber die vor dem Kreisamt in Heppenheim getroffenen Friedensabmachungen setzten sie sich glatt hinweg. In dem Verhandlungsprotokoll vom 5. Januar d. J. heißt es ausdrücklich: „Es werden von auswärts keine Arbeiter herangezogen, bis die am Orte anwesenden untergebracht sind.“ Aber o weh! Kaum acht Tage waren die Herren Unternehmer in der Lage, das getroffene Abkommen zu halten. Sie saßen in ihrer Sitzung den Beschluß, noch 22 Mann einzustellen, für acht Hilfsarbeiter und zwei Schmiede hätten sie zurzeit keine Verwendung, und zum Schluß wurden noch 21 Mann gemahregelt. Es wurden auch weiter Arbeitskräfte aus dem bayrischen Wald herangezogen. Von seiten der Zentral-, Gau- und Bezirksleitung wurden natürlich die nötigen Schritte gegen das eigenmächtige Handeln der Herren Unternehmer unternommen. Herr Kreisrat v. Sahn mußte daraufhin am 7. Februar d. J. mit den Herren nochmals zu Gericht sitzen. Natürlich verhandeln sie es, durch ihre Reinwaschungspolitik den Unschuldigen zu spielen, indem sie allerhand Anlagen gegen die 21 Gemahregelten erhoben. Dieselben wurden nochmals gefestigt, so daß nur noch 12 Mann übrig blieben. Gegen diese 12 Mann wollen sie aber noch besonders entgegenkommend sein; es heißt im Verhandlungsprotokoll: „Der Verbands wolle denjenigen Arbeitern, welche hier keine Arbeit finden, in keiner Weise hindernd im Wege sein, und die Arbeitgeber seien bereit, allen diesen Arbeitern Zeugnisse zu geben, um ihnen das Finden von Arbeit zu erleichtern.“ Dies klingt sehr menschenfreundlich, aber wenn es nur wahr wäre. Zeugnisse haben unsere Kollegen ja die allerbesten erhalten; es kann kein Meister daran Anstoß nehmen, nur die beste Empfehlung. Das Finden von Arbeit soll ihnen aber nicht so leicht sein. Dies beweisen nachstehende Fälle nur zu deutlich: Einem Kollegen wurde durch dritte Personen Arbeit bei Rühl u. Reimuth-Heppenheim zugesagt. Aber welches Hagelwetter entlud sich über unsern Kollegen, als er bei Reimuth um Arbeit vorstellte. Er sollte auch zugleich beichten, wie sich die Sache in Sonderbach zugetragen habe. Herr Reimuth sollte doch wissen, daß Reichthümle an andern Plätzen genügend vorhanden sind; er kann sich drauß ersparen, sein Bureau zu detartigen Zwecken einzurichten. Mit der Einstellung war es also daraußin nichts. Die Firma Bräuner brauchte nun zu gleicher Zeit vier bis fünf Steinmehnen; unser Kollege wurde selbstredend auch dort vorstellig, aber schon wieder Pech. Der Geschäftsführer Schobert erklärte, er brauche wohl Steinmehnen, aber ihn stelle er nicht ein. Den schloßesten Erid gebrauchten die Herren Unternehmer bei einem Kleinmeister, der eifliche gemahregelte Kollegen beschäftigt. Es wurde ihm mitgeteilt, wenn er diese Arbeiter nicht entlasse, werde ihm die Befreiung entzogen. So liegen noch mehr ähnliche Fälle vor. Der Hauptschürer des Feuers ist Herr Breuer-Sonderbach. Wo bleibt hier die christliche Nächstenliebe, Herr Breuer? Heißt es nicht in der Schrift: Segnet eure Feinde usw.? Als christlicher Agitator spielt sich besonders ein Sohn des Herrn Breuer auf. Derselbe unternahm mit neun Arbeitswilligen bereits eine Agitationstour nach dem Steinbruch Rühl-Nieder-Viebersbach. Erfolge hatte er dort keine zu verzeichnen, denn die noch dort vorhandenen Arbeitswilligen wissen ganz genau, daß sie von einer derartigen Gewerkschaft nichts zu hoffen haben. Sie haben bereits schon öfter bei uns um ihre Aufnahme nachgesucht. Nicht gerade sehr freundschaftsliebend scheint Herr Rühl-Demsbach zu sein. Nachdem ihm die ersten vier Arbeitswilligen aus dem Betrieb geholt waren, ließ er in den umliegenden Orten bekannt machen, daß das Betreten seines Steinbruchs in Nieder-Viebersbach bis auf weiteres verboten ist. Am 2. Januar d. J. wurde nun von den Ausgesperrten und einer Anzahl Einwohner von Demsbach und Nieder-Viebersbach der Versuch gemacht, die noch dort befindlichen Arbeitswilligen aus dem Betrieb herauszuholen. Es mußte natürlich streng darauf geachtet werden, daß man nicht auf „feindliches“ Gebiet kam. Durch die damalige Glätte und den vorliegenden Schnee passierte dem Neffen des Herrn Rühl das Unglück, an einer abhängigen Stelle auszurutschen und dadurch das Gebiet seines Herrn Onkels auf einen Augenblick zu betreten. Die ersten Worte des Herrn Rühl waren: „Herr Wachtmeister, schreiben Sie den Mann auf. Das ist mein Neffe.“ Der Wachtmeister mußte wohl oder übel dies notieren. Es wurde Anzeige wegen Hausfriedensbruch gegen unsern Kollegen erstattet. Aber dieser Tadel scheint selbst dem Amtsgericht Fürth zu stark gemessen zu sein; im dunkeln Walde läßt sich wohl schlecht Hausfriedensbruch begehen. Dieses Verfahren wurde eingestellt und Kollege Rühl erhielt ein Strafmandat von 10 Mark wegen Feldprevels. Man sollte kaum glauben, daß ein Onkel so lebenswüthig sein kann.

Kollegen des Odenwalds und der Bergstraße, all diese Vorgänge müssen uns zu einer viel schärferen Agitation anspornen, denn ohne Organisation wären wir sicher ein Spielball in den Händen der Unternehmer. Wenn auch der letzte Kampf nicht den Erfolg brachte, wie wir hofften, so müssen wir uns mit dem Gedanken tragen, aufgehoben ist nicht aufgehoben.

Korrespondenzen.

Aue. Der Streik der Granitarbeiter, welcher am 1. März begann, dauert unverändert fort. Zu Unterhandlungen ist es bis jetzt noch nicht gekommen. Die Firma Hermann Weishorn sucht nun in einer hiesigen Zeitung Handarbeiter zu den höchsten Löhnen. Die nützlichen Elemente bleiben aber aus, und sollten sich auch einige melden, so sind selbige doch nicht in der Lage, die Streikenden zu erlösen. Von den Streikenden ist fast die Hälfte abgereift. Die Kollegen halten ausgezeichnet Disziplin, auch läßt die Stimmung nichts zu wünschen übrig, so daß die Hoffnung besteht, daß der Widerstand der Unternehmer an der Geflossenheit der Kollegen zerschellt.

Berlin. Am 16. März fand in der Seidelstraße 30 eine gut besuchte Marmorarbeiterversammlung statt. Der Kollege Zunft machte bekannt, daß die Herren Unternehmer gewillt sind, mit

Rundschau.

Auszeichnung. Granitwerkbesitzer Herr Kerber-Büchberg und Direktor Herr Fetter-Elmann wurden kürzlich zu Königlich bayrischen Kommerzienräten ernannt. Ueber solche Titel haben wir ja unsere besondere Meinung. Aus Objektivität müssen wir schon betonen, daß die beiden Herren bei den großen Bezirksarbeitsabstufungen im Bayerischen Wald und im Nupstallgebiet ehrlich bestrebt waren, alle Hindernisse überwinden zu helfen, um zu tariflichen Abstufungen zu kommen.

Dem Steinmetzmeisterverband sind beigetreten die Herren Fabich in Frauendorf, Biffing in Eissa, Erdmann in Eilehne.

Neue Organisation. Die Steinbruchbeamten in den Provinzen Rheinland und Westfalen haben sich kürzlich organisiert. Als Vorsitzender fungiert ein Herr Bellinghausen in Espel.

Die badische Regierung hat eine öffentliche Verfügung erlassen, die Inspektion für Wasser- und Straßenbau, sowie auch die Kulturinspektion sollen darauf sehen, daß bei Ingenieurbauten mehr als bisher auf Schönheit und auf Harmonie mit dem Orts- und Straßenbild und mit der Landschaft Rücksicht genommen wird. Diese Grundsätze gelten für Hochbauten und sollen jetzt allgemein durchgeführt werden. Damit könnten überall Stimmungswerte geschaffen werden, ohne daß man die Baukosten erhöhen brauchte. Die Verfügung der Regierung wird allgemein lebhaft begrüßt, zugleich aber die Anregung gegeben, daß den Inspektionen künstlerische Beiräte zur Seite gestellt werden sollten, damit die Aufgabe auch wirklich gut erfüllt wird.

10 000 Quadratmeter Holzpflaster werden an den Zufuhrstraßen des Leipziger Zentralbahnhofes gelegt. Da der Verkehr ein enormer werden wird, so ist es erklärlich, wenn auf geräuschloses Pflaster großer Wert gelegt wird.

Mangel an Pflastersteinen in Budapest. Die Hauptstadt schrieb die Offertverhandlung zur Sicherstellung ihres Bedarfs an Pflastersteinen heimischer Provenienz für das heurige Jahr aus. Die eingelaufenen Offerten boten jedoch nach dem Pester „Lloyd“ ein weit geringeres Steinequantum an, als erforderlich ist. Die Hauptstadt wird daher genötigt sein, Pflastersteine im Betrage von 400 000 Kronen aus dem Auslande zu beziehen.

Der Kalksteinbruch Müdersdorf bei Berlin, welcher vom preussischen Staat betrieben wird, hat im Vorjahre 288 500 Mt. Gewinn gebracht. Die Arbeiterlöhne sind allerdings sehr aufbesserungsbedürftig.

Oberflächiger Sandstein kann zukünftig wieder in Holland verarbeitet werden. Seine Verarbeitung wurde vor etwa vier Jahren durch das Ministerium aus gesundheitlichen Gründen verboten.

Deutsche Pflastersteine gehen jetzt sogar bis nach Ägypten, wie das „Der Steinbruch“ mitteilt. Ägypten soll auch für Best- und polierte Steine sehr aufnahmefähig sein. — Das ist überdies eine schöne Illustration zu den Zollbestrebungen. Wie die genannte Zeitschrift mitteilt, soll auch nach Südamerika einige Abgabemöglichkeit vorhanden sein.

Nette Differenz. Für den Bahnsteig des Leipziger Zentralbahnhofes sind 567 cbm Granitwerksteine nötig. Bei der Submission gingen nun am 17. März folgende Angebote ein:

Lehmann, Striegau	51 667 Mt.
Bartsch, Striegau	52 941 "
Kulmich, Striegau	72 560 "
Eisold, Demitz	62 481 "

Die Preisunterschiede der Striegauer Firmen Lehmann und Kulmich sind uns unverständlich. Ersterer verlangt etwa 91, letzterer 128 Mt. pro Kubikmeter.

Internationale Bauausstellung mit Sonderausstellungen Leipzig 1913. Vom früheren vorbereitenden Ausstellungsaustrich wurde vom Rat der Stadt für die Zwecke der Veranstaltung feinerzeit ein Gelände, das etwa 225 000 Quadratmeter umfaßt, erbeten, und damit schien den Bedürfnissen der Ausstellung unter allen Umständen ausreichend gedient zu sein. Inzwischen haben die Vorarbeiten ergeben, daß dieser schon recht große Platzumfang — vergleichsweise sei bemerkt, daß der Reichplatz in seiner heutigen Ausdehnung rund 100 000 Quadratmeter umfaßt — doch nicht genügt und es nötig wird, eine weitere Vergrößerung des Platzes in Aussicht zu nehmen. Kommen doch bei der Gestaltung der Ausstellung voranschreitend nicht weniger als zehn größere Abteilungen in Betracht, für die geordert werden muß und die zum Teil recht bedeutende Plätze erfordern werden. So hofft man beispielsweise, daß es gelingen wird, für die Abteilung „Bauwesen“ bei den Regierungen, bei Baubehörden, Institutionen verschiedener Art, Baufirmen und Architekten soviel Interesse wecken zu können, daß das Bauwesen der Gegenwart in Form einer internationalen Stadt mit Marktplatz, einem Gewerbe- und Handelsviertel, einem solchen für die Industrie und einem ländlichen Viertel vorgeführt werden kann. Etwa 80 000 Quadratmeter würden für diese Abteilung an Platz vorzuziehen sein, zumal sich Spiel- und Sportplätze und Gebäude für Sportzwecke, überdies auch zur Veranschaulichung des Bauwesens der Vergangenheit noch verschiedene Ausführungen anderer Art anschließen müßten.

Einen gleichgroßen Platz, wenn nicht noch größer, wird auch die Abteilung „Industrie, Gewerbe und Kunstgewerbe im Bauwesen“ beanspruchen und die Abteilung „Wohnungs- und Ausstattungsweisen“ wird einen recht bedeutenden Umfang einnehmen, so daß es nötig ist, hierfür ebenfalls 40 000 Quadratmeter Raum vorzuziehen. Die weiteren Abteilungen mit ihren zahlreichen Unterabteilungen Bauhütte, Baubörse, Gärten- und Parkanlagen, Friedhofsanlagen, Denkmalsbau und Baupflege, Tief- und Straßenbau, Wohnungs-, Fabrik- und Straßenhygiene, Arbeiterschutz und Arbeiterwohlfahrt sowie Feuerchutz, außerdem die für Baustoffprüfungen und Vorfürhrungen werden Platz mit einem Umfange von je 10 000 bis 20 000 Quadratmeter beanspruchen, und es wird darauf Bedacht zu nehmen sein, daß bei der weiteren Bearbeitung des Planes noch nützliche Anregungen mancherlei Art in bezug auf die sonstige Ausgestaltung mit berücksichtigt werden können.

Gewerkschaftliche Verbandstage und Kongresse 1911. Zimmerer am 3. April in Leipzig, Schiffszimmerer am 7. Mai in Berlin. Maler und Sattler am 8. Mai in München. Lederarbeiter am 14. Mai in München. Buchdrucker am 15. Mai in Hannover. Bergarbeiter am 21. Mai in Bochum. Glasarbeiter am 22. Mai in Jlimenau. Blumenarbeiter am 25. Mai in Berlin. Metallarbeiter am 5. Juni in Mannheim. Gewerkschaftskongress am 26. Juni in Dresden. Vagelhalter am 9. Juli in München. Strukturate am 16. Juli in Dresden.

Fromms Wahrheitsliebe. Der Redakteur des Organs des christlichen Keramarbeiterverbandes, Martin Fromm, hatte über eine Anzahl „freiorganisierter“ Keramarbeiter der Zahlstelle Eirscheureuth in der Oberpfalz unwahre und beleidigende Behauptungen verbreitet. Zwölf freiorganisierte Arbeiter stellten nun gegen Fromm, um die Wahrheitsliebe des christlichen Gewerkschaftsblattes festzunageln, Beleidigungsklage. Obwohl Fromm in früheren Fällen, wenn er sich beleidigt fühlte, keinen Pardon gab, willigten die Kläger, um den Beklagten vor Strafe zu bewahren, in folgenden Vergleich:

„Der Beklagte (Fromm) erklärt, daß er die Behauptung, die Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes in Eirscheureuth trieben Terrorismus und hätten eine am 29. Oktober vorgenommene Mithandlung veranlaßt, nicht machen kann und will.“

Er nimmt daher die in Nr. 47 der „Keramarbeiterzeitung“ vom 2. November 1910 unter der Überschrift: Wie der freie Porzellanarbeiterverband jugendliche Mitglieder wirbt, gegen diesen Verband enthaltenen Behauptungen und Beleidigungen

als durchaus unbegründet mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Dieser Vergleich wird je einmal durch den klägerischen Vertreter auf Kosten des Beklagten in der „Ameise“ und der „Keramarbeiterzeitung“ und in der „Frankischen Tagespost“ veröffentlicht.

Der Beklagte übernimmt sämtliche Kosten. Strafanzug und Privatklage werden zurückgezogen.

Wieder ein Beweis, was von den christlichen Terrorismusgeschichten zu halten ist und wie frivol von den Christlichen solche Schauerromane erfunden werden. Leider gelingt es nicht immer, die Urheber so leichtfertiger Verdächtigungen zu fassen. Herr Fromm hat also wieder einmal eine moralische Stümpfung erlitten.

Literarisches.

Alkohol und Geschlechtskrankheiten von Dr. med. Edwin Dab. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund (J. Michaelis), Berlin SO. 16, Engelauer 19. 22 Seiten. Preis 10 Pf. — Der Verfasser schildert die Gefahren der als „Geschlechtskrankheiten“ bezeichneten Seuchen in eindringlicher Weise. Er räumt gründlich mit dem Aberglauben auf, als seien diese Geißeln der Menschheit alleinige Folgen der Ausschweifung, er betont vielmehr ausdrücklich, daß die Ansteckung vielfach auch ohne Beziehung zum Geschlechtsverkehr erfolgen kann. Immerhin ist der Hauptherd der Krankheiten die Prostitution. Verfasser betont demnach mit Recht, daß der Kampf gegen den Alkoholismus zugleich ein Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten ist. Und zwar ist in erster Linie der „mäßige“ Alkoholgenuss zu bekämpfen, da der „Angeheiterte“ viel eher der Versuchung verfällt als der Betrunkene.

Jahrbuch der österreichischen Bau- und keramischen Industrie (Industrie der Steine und Erden, Glas und Porzellan). Herausgegeben von Rudolf Sanel. 855 Seiten. Preis 5 Kronen. Kompassverlag, Wien, Widenhofergasse 7. Von diesem außerordentlich handlichen Jahrbuch der österreichischen Bauindustrie, das einen Separatabdruck aus dem Jahrbuch der österreichischen Gesamtindustrie darstellt, liegt der Jahrgang 1911 vor. Im Gegenjage zu andern Adreßbüchern, in denen Inzierate und Reklame überwiegen, ist es nach rein sachlichen Gesichtspunkten abgefaßt und bietet ein ganz vorzügliches Hilfsbuch für alle, welche mit der Bauindustrie in Oesterreich zu tun haben. Es enthält nicht nur eine Aufzählung der einzelnen Industriefirmen mit näheren Angaben über Inhaber, Betriebskraft, Größe derselben, Erzeugnisse, Spezialitäten, Telegrammadresse, Exportfähigkeit usw., sondern in seinem zweiten Teile auch zahlreiche allgemein interessante statistische Daten über die Bauindustrie anderer Länder.

Deutsche Rundschau für Geographie. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner herausgegeben von Prof. Dr. Hugo Hauffinger. 33. Jahrgang, Heft 7. (A. Hartlebens Verlag in Wien, jährlich 12 Hefte zu 1,25 Kr. = 1,15 Mt. Pränumeration inkl. Francozusendung 15 Kr. = 13,50 Mt.) — Der nun ein Heft der „Deutschen Rundschau für Geographie“ zur Hand nimmt, wird die Zeitschrift in schmuckem, neuem Gewande erbliden und sich beim Durchblättern des Heftes bald überzeugen haben, daß auch der Inhalt durchaus modernisiert wurde. Ein vergrößerter Staff von geübten Mitarbeitern liefert unter neuer Redaktion eine Fülle von wertvollen Originalartikeln, die wissenschaftlich gehalten, aber in leicht lesbare Form geschrieben, Fachmann wie Laien befriedigen werden.

Dr. A. Lindemann, Die Erde. Eine gemeinverständliche Geologie, Lieferung 4 und 5. (Stuttgart, Franckh'sche Verlagsbuchhandlung.) Jede Lieferung 80 Pf. — Die uns heute vorliegenden beiden Lieferungen des groß angelegten Lindemannschen Werkes, auf das wir bereits mehrfach empfehlend haben hinweisen können, beschäftigen sich zunächst mit der Quelle der vulkanischen Kraft und geben in diesem Kapitel äußerst interessante Einblicke in die vulkanischen Theorien. Dann beginnt darin der dritte Hauptabschnitt des Werkes, der über Berden und Vorgehen im Reiche der Gesteine handelt. Hier ist insbesondere der Artikel Aufbau und Entstehung der Granite von Wichtigkeit. Lindemann schildert uns diese Dinge so ansprechend, daß man seiner Darstellung mit wahrem Genuß folgt. Auch der Abschnitt über die Verwitterung und ihre Produkte ist interessant. Regen, Schnee, Tau, Sonnenhitze, Frost und Sturm arbeiten unausgesetzt an der Zerstörung der Erdrinde, und ihre Arbeit kann eigentlich gar nicht unterschätzt werden. Hier ist kurz und klar erläutert, wie diese Faktoren wirken, so daß auch der Laie ein Bild von Kräften im Aufbau unserer Erde bekommt, die sonst nur der Fachmann richtig zu schätzen weiß.

Quittung.

Eingegangene Selber vom 20. bis mit 25. März 1911.
Flossenbürg, B. 84.—, E. 1.—, K. 10.—. Rühberg, B. 40.80, K. 2.—. Wallbüren, B. 42.—, K. 10.—. Schrems, Ab. 4.79. Freudenstein, Div. 0.35. Barmstadt, B. 2.40, K. 0.30. Zargau, B. 9.—. Jüssen, B. 3.60. Ludenwalde, B. 1.60. Peine, B. 10.—. Wittenberg, B. 3.70. Kirchenlamitz, Ab. 7.50. Reufstadt a. S., B. 42.—. Gasserode, B. 174.10, E. 5.—, K. 0.90. Falkenhain, B. 97.—, E. 3.—. Brück, B. 324.—, K. 13.50. Altleben, B. 170.—. Ateleben, B. 126.80, E. 46.—, K. 3.—. Berating, B. 6.50. Apolda, B. 4.90. Staßfurt, B. 2.50. Lehrte, B. 4.70. Freiburg (Baden), B. 79.—, K. 14.75. Jena, B. 100.—, K. 8.—. Offenburg (Bad.), B. 42.—, E. 1.—, K. 10.—. Seppenheim, B. 120.11, K. 0.10. Einbeck, B. 142.—. Sebnitz, Ab. 2.—. Lindau i. S., B. 5.—. Demitz-Thumitz, B. 446.—, E. 51.—. Riel, B. 260.50, K. 10.—. Leipzig, B. 500.—. Reichenbach i. Odenwald, K. 20.—.
Ludwig Geiß, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Riesa. Erlaube die Vertrauensmänner und Kassierer, dem Steinmetz Nikolaus Veit, geb. am 27. April 1884 zu Steinbach bei Ebelbach, kein neues Buch auszustellen, da er sein altes noch in Riesa liegen hat. Er reiste ab, ohne seinen Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber nachzukommen.
Max Partig, Vorsitzender.

Riesa. Reiseunterstützung zahlt Max Partig, Großenhainer Straße 25, aus.

Deutmannsdorf. Arbeitssuchende Kollegen wollen sich zur Information erst auf dem Platz Holzmann in Hartliebendorf melden.

Miltenberg. Die Kollegen, welche in den Zahlstellen des Maintals um Arbeit nachsuchen, werden dringend gebeten, ehe sie beim Meister vorsprechen, sich zuerst an den Vorsitzenden der jeweiligen Zahlstelle zu wenden.
J. A.: Die Tarifkommission.

Grünfeld. Der Kollege Albert Düchert aus Heilbronn ist von hier abgereist. Er hat sein Buch in größter Unordnung liegen lassen.
Die Ortsverwaltung.

Demitz-Thumitz. Diejenigen Kollegen, welche infolge des Rogaschen Konkurses abgereist sind, mögen ihre Adresse an den Unterzeichneten gelangen lassen, damit ihnen die Verbandsbücher zugestellt werden können.
R. Purtsche.

Neu-Ulm. Ich ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse des Kollegen Heinrich Müller, geb. am 7. Dezember 1880 zu Münchbach, in Bälde zukommen zu lassen, da mich derselbe um zwei Monate Rogasgeld geschädigt hat; dabei war ich selbst arbeitslos.

Ernst Naft, früher in Mühlhausen (Elz.), jetzt wohnhaft in Neu-Ulm, Bahnhofstraße 72.

Giltrup (Westfalen). Der Steinmetz Emil Wagner, gen. der Dreite, möchte seine Adresse einsehen. Robert Fleck.

Coblenz. Die eingereichten Forderungen des neuen John-tarifes wollen die Unternehmer nicht anerkennen. Die reisenden Kollegen wollen dieses beachten.
Der Vorstand.

Büchberg. Dem Steinmetzen Alois Veit aus Büchberg (Niederbayern) ist keine Interimskarte auszustellen.
Die Ortsverwaltung.

Gotha. Erlaube die Ortsverwaltungen, den Kollegen Stephan Wirth, geb. am 3. September 1876 zu Deuzdorf, und Billy Pinfert, geb. am 5. März 1891 zu Ermleben, keine neuen Karten auszustellen. Die Betreffenden sind abgereist und haben ihre Karten in größter Unordnung hier liegen lassen.
M. Walthier, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Münster. Vors.: Franz Diekmann, Dortmund Str. 39. Die Reiseunterstützung zahlt Gastwirt August Brinkmann, Krummerdingen, Nr. 29-30, aus.

Eisenach. Kass.: Otto Röder, Grezgerplatz 4.

Stettin. Kass.: Wilhelm Pöll, Lange Straße 92.

Leipzig. Vors.: G. Herrmann, Kochstraße 53, IV.

Jena. Kass.: Hugo Kemser, Kieferstraße 20/21, I.

Kirchhausen. Wegen Wegzug des 1. Vorsitzenden übernimmt der 2. Vorsitzende Alois Lernbecher dessen Stelle; alle Zahlstellen sind an denselben zu richten.
Die Ortsverwaltung.

Deffau. Vors. u. Kass.: August Wegener, Bauhofstraße 12a.

Briefkasten.

N. Bericht wird abgelehnt. Warum werden solche Sachen erst kritisiert, wenn das Arbeitsverhältnis gelöst wird? Kommt es zum Prozeß, dann heißt es: mein Name ist Hase, ich weiß von nichts. — Plaidt. Hand seine Erledigung. Besten Gruß! — R. A. in Colonia. Für die freundliche Zusage besten Dank. Die Rheinländer Joan eb'n doch fidele Leut. — M. in Gräben. Es folgt baldigst brieflicher Bescheid. — W., S. a. d. Rahn. Vielen Dank für die prompte Zufendung. Besten Gruß! — S. Wir können aus dem Bericht nicht klug werden. Warum denn auch noch zweifeltig bemalen? — Maintal. In solchen Angelegenheiten geben wir im Briefkasten keinen Bescheid. — Coblenz. In nächster Nummer.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Der Unterricht an Fachschulen

ist sorgfältigst nachgeahmt in den Selbstunterrichtswerken System Karnack-Hachfeld: **Steinmetzmeister, Straßenbautechniker, Polier, Bautechniker.** Glänzende Erfolge. Dankschreiben, Ansichtssendungen. Kleine Teilzahlungen.

Bonness & Hachfeld Potsdam-W.18

Schürzen Hausmacherinnen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadets, Leder- und Quastkissen, Dosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Mehrere Spalter und Kipper

stellen sofort ein
Diabas- u. Gneis-Berte Ruppach a. L., U.-G. Post Laurenburg.

Tüchtiger Steinmetz

für saubere, scharfe Denkmalsarbeit (mittelharter Sandstein), bei 60 bis 70 Pfg. Stundenlohn sofort gesucht.
H. Lochner, Stein- u. Bildhauer, Vacha a. W. (S.-W.-E.)

Tüchtigen jungen Steinmetz

stellt sofort ein
Bosso & Co., Gommern (Bezirk Magdeburg).

Suche sofort einen Steinmetzen

der auch Granitschrift hauen kann.
Adolf Michel, Bildhauer, Sebnitz i. Sa.

Zwei Steinmetzen

auf Cottaer Sandsteinbauarbeit stellt ein
Th. Kohlhardt, Wittenberg.

Zwei jüngere Steinmetzen

auf Bau- sowie Grabsteinarbeit sofort gesucht. Betreffende sollen Verzierungen und Schrift in Granit herstellen können.
A. Nocke, Bildhauerei und Grabsteingeschäft
Rothenburg (O.-L.).

1 Granitschriftbauer

per sofort gesucht. Lohn 80 Pfg. pro Stunde.
Otto Menke, Stein- und Bildhauerei, Lüneburg.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingereicht wurden.)

In Büchberg am 26. März der Kollege Georg Stadler, 29 Jahre alt, an Lungenerkrankung.
In Demitz-Thumitz am 16. März der Kollege Johann Gottlieb Garten, 60 Jahre alt, an Influenza.
In München am 21. März der Kollege Adolf Reinhardt, 51 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Hilgramsreuth am 22. März der Kollege Georg Popp, 33 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.

Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Der Sieg der Bureaucratie.

„Es ist vollbracht.“ Die Reichsversicherungsordnungskommission hat endlich nach wochenlangem Zögern das Reformwerk an seiner subtilsten Stelle angepackt, an dem Verwaltungsmechanismus der Ortskrankenkassen. Die Bureaucratifizierung der Kassenverwaltungen war der nicht einmal verheimlichte Zweck der Reform. Schwankend zwischen der Furcht vor den Neuwahlen und der Nachgiebigkeit unserer herrschenden Bureaucraten war die Mehrheit der Kommission lange im Zweifel darüber, wie sie die Klippe Scylla umschiffen könne, ohne in den Strudel der Charybdis gezogen zu werden. Man war sich mit der Regierung darüber einig, daß, wie Herr v. Bethmann-Hollweg am 10. Dezember 1910 im Reichstage doziert hatte, die „sozialdemokratischen Machtpositionen in den Krankenkassen“ beseitigt werden müssen. Die von der Regierung vorgeschlagene blanke Halbierung des Stimmrechts und der Beiträge war ja einfach und klar, aber eben deshalb unbrauchbar. Es mußte ein Mittel gefunden werden, mit dem zwar der Zweck ebenfalls erreicht wird, das aber nicht in so dürren Worten den Versicherten an die Lobre der Ortskrankenkassen schreibt: „Ihr habt hier nie tau fassen.“ Diese Mittel glaubt die Mehrheit in einem nach langwrigen Verhandlungen zwischen Konservativen, Wirtschaftlicher Vereinigung, Zentrum und Nationalliberalen vereinbarten Kompromiß gefunden zu haben, das als wichtigsten Bestandteil die Wiederherstellung des § 356 des Entwurfs bringt. Die Regierung hatte vorgeschlagen, daß bei Stellenbesetzungen in den Ortskrankenkassen die Wahl des Beamten mit der Mehrheit der Stimmen der Versicherten wie der Arbeitgeber erfolgen müsse. Dies war, wenn man den maßgebenden Einfluß der Versicherten nicht anerkennt, noch verständlich. Wenn aber, wie das die Reichstagskommission durch ihr Festhalten an der Zweidrittelmajorität der Versicherten anerkennt hat, die Versicherten den überwiegenden Einfluß in den Ortskrankenkassen behalten müssen, dann ist das Kompromiß ein Widerspruch in sich selbst. Das Kompromiß will ebenfalls die Mehrheit beider Teile bei der Beamtenwahl. Damit ist aber die Halbierung des Stimmrechts tatsächlich wieder hergestellt, nur daß die Halbierung der Beiträge des Arbeitgebers erspart bleibt! Der Entwurf sah weiter vor, daß, falls ein übereinstimmender Beschluß beider Mehrheiten nicht erzielt wurde, einfache Mehrheit des Gesamtvorstandes genüge, und dieser Beschluß dann der Bestätigung des Versicherungsamts unterlag. Es mußte, wenn die Arbeitnehmer geschlossen stimmten, mindestens ein Arbeitgeber mit ihnen stimmen. Uebereinstimmend hiermit will das Kompromiß, daß in einem solchen Falle mehr als zwei Drittel des Vorstandes für den Beschluß stimmen müssen und dann ebenfalls das Versicherungsamt die Bestätigung ausübt. Also auch in diesem Falle muß mindestens ein Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern stimmen, falls diese geschlossen vorgehen. Das ist sogar noch eine Verschlechterung gegenüber dem Entwurf. Denn nach diesem genügt es, wenn von 12 Vorstandsmitgliedern 7 für den Kandidaten stimmten, während nach dem Kompromiß mindestens 9 von 12 Stimmen auf den Kandidaten fallen müssen. Diese Verschlechterung genügt aber den Mehrheitsparteien noch nicht. Sie gaben dem Versicherungsamt die Vollmacht, auf Kosten der Kasse einen ihm genehmen Beamten anzustellen, falls es die Bestätigung nicht geben will. Diese Regelung hat zur Folge, daß eine Minderheit von 3 bei 12 Vorstandsmitgliedern jederzeit mit Hilfe des Versicherungsamts dem Vorstände den Beamten aufzwingen kann, der dieser Minderheit beliebt. In den Industriegebieten des Westens, wo infolge der Proportionalwahl neben freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern sehr häufig auch Angehörige der christlichen Gewerkschaften als Arbeitnehmer in den Kassen vorwand gewählt werden können, wird ein geschlossenes Vorgehen der Arbeitnehmer vielleicht häufig überhaupt nicht möglich sein, so daß die Arbeitgeber dann sehr leichtes Spiel haben.

Das Zentrum hat in der Kommission erklärt, die christlichen Arbeiter verlangten nach Schutz vor der sozialdemokratischen Willkür. Das Kompromiß macht jedoch die Willkür der Unternehmer und des Versicherungsamtes zum Prinzip der Beamtenwahl. Gerade da, wo die Arbeiterbewegung gespalten ist, wo die christlichen Arbeiter zahlreicher sind, wird der Einfluß des Versicherungsamts einfach dominierend sein. Damit hat die Regierung mehr erreicht, als sie selbst vorgeschlagen gewagt hatte. Schon lange sah sie mit Mißgunst die Entfaltung der freiwilligen Kräfte des Volkes in der Arbeiterversicherung zum Segen des Volksganges vor sich gehen. Die Bureaucratie kann eine

solche freie Betätigung nicht ertragen. Sie muß alles in ihre Dohnt nehmen. Nur was den behördlichen Beglaubigungs- und Genehmigungsstempel trägt, soll in Deutschland vollwertig und berechtigt sein, alles andre aber ist vom Uebel. Den Wunsch hat die Regierung erfüllt erhalten, daß einer Reichstagsmehrheit, die aus Sozialistenfurcht nicht davor zurückschreckt, der Arbeiterschaft Rechte zu nehmen, die sie seit 25 Jahren ausgeübt hat. Damals sollte ein Werk der Veröhnung geschaffen werden; ein Werk des Hasses hat die Mehrheit daraus gemacht.

Die nationalliberale „Tägliche Rundschau“ meint zwar, diese Regelung würde ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen beiden Gruppen ermöglichen. Sie weist dabei auf das Beispiel der Selbstverwaltung in den kommunalen Körperschaften hin. Das drohende Eingreifen der Regierungsbehörden veranlaßt Magistrat und Stadtverordnete stets, sich zu einigen. Dieses Beispiel beweist aber nur, daß die nationalliberalen Politiker von den Verhältnissen in den Krankenkassen keine Ahnung haben. In den Kommunen sind es die besitzenden Klassen, die in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben. Hier ist eine Verständigung an sich schon leichter. Außerdem haben die bürgerlichen Stadtverordneten ein erhebliches Interesse daran, daß die Regierung in ihre Selbstverwaltung nicht eingreift, die Unternehmer aber haben so gut wie kein Interesse an der Kassenverwaltung, es sei denn, sie wollten eine Erweiterung der Leistungen vereiteln oder einen ihnen genehmen Beamten anstellen. Ein eigentliches persönliches oder materielles Interesse haben nur die Versicherten an der Verwaltung, die Unternehmer sollen also nur als Zerberus, als Hausknecht dienen, um darüber zu wachen, daß alles nach ihrem Wunsche geht. Wenn die Unternehmer sich zu dieser Rolle hergeben, so wird das auf ihr Verhältnis zu den Versicherten nicht gerade günstig einwirken. Diese werden in den Arbeitgeberbetrieben nicht bereitwillige Mitarbeiter an dem sozialen Werke der Krankenversicherung sehen, sondern Aufpaffer. Sollte also die Reichsversicherungsordnung in dieser Gestalt Annahme finden, dann ist es mit dem jetzigen Frieden in den Krankenkassen vorbei. Ein Kampf um die Macht wird beginnen, der mit seinem Getöse die jetzige friedliche Arbeit stören wird. Denn die Arbeiterschaft wird der Bureaucratie das Feld nicht kamplos überlassen. Würde sie dabei den Tüden des Gehebes unterliegen, dann wird jene Abneigung gegen die Krankenkassen, wie sie vor 20 Jahren so lähmend auf die Entwicklung der Krankenversicherung wirkte, möglicherweise wieder eintreten. Die Arbeiterschaft läßt sich heute nach einer jahrzehntelangen Selbsterziehung und Disziplinierung nicht von der Staatsbureaucratie bevormunden, sondern ist reif genug, ihre Krankenfürsorge selbst zu verwalten. Darum wird zunächst um das Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung selbst noch ein sehr heftiger Kampf entbrennen, der kurz vor den Neuwahlen zum Reichstage sicherlich eine hervorragende Rolle im Wahlkampf spielen wird.

Die Bureaucratie hat zwar einen Sieg errungen, aber sie hat die Bente noch nicht in Sicherheit; die kann ihr noch entrisen werden. Und jeder Versuch dazu kann von allen ehrlichen Sozialpolitikern nur begrüßt werden. Dann wird dieser Sieg der Bureaucratie nur ein Pyrrhusieg sein, der den Kampf gegen alle bureaukratisierenden und vernünftigen Tendenzen in der Arbeiterversicherung zu einer sittlichen Pflicht werden läßt und mit dem Siege der Selbstverwaltung über die Bureaucratie enden muß.

Die Pflastersteinzollfrage.

In den rheinischen Steinbruchgebieten entfachen die Unternehmer mit Hilfe einiger christlicher Gewerkschaftssekretäre eine mächtige Agitation für einen schwedischen Pflastersteinzoll. Die Unternehmer und auch ihre Angestellten haben bisher alles mögliche versucht, um persönlich auf die Steinarbeiter im zollfreundlichen Sinne einzuwirken. Den Verbandsmitgliedern ist ja die Artikelserie über die Zollfrage im „Steinarbeiter“ bekannt; aber die Kollegen im rheinischen Grauwackengebiet waren doch angenehm überrascht, daß in einigen Versammlungen diese Frage erneut behandelt wurde. Für die Pflastersteinarbeiter in den übrigen Gegenden ist das Thema ja auch aktuell und so komme ich dem Auftrage einiger Kollegen nach, wenn ich das Ständigeres Referat im Auszuge wiedergebe. Am 21. März tagte in Dessinghausen (Rheinland) eine stark besuchte Steinarbeiterversammlung. Zur Zollfrage führte Kollege Staudinger etwa folgendes aus: In den Kreisen der Steinindustriellen wird seit Monaten eine raffiniert geleitete Agitation

für den schwedischen Pflastersteinzoll betrieben. Die Sozialpresse plädiert für einen Schutzzoll, die Sozialpresse in den kleineren Städten wird demgemäß beeinflusst, Petitionen werden hundertweise den Ministerien in Berlin überandt und die Reichstagsfraktionen des schwarzblauen Blocks wurden ebenfalls genügend bearbeitet, daß die Unternehmerrwünsche Berücksichtigung finden. Das Arrangement für die Zollpropaganda kann nicht als schlecht bezeichnet werden. Der Hauptmattador im Hartsteinindustriellerverband ist allerdings Journalist und derselbe hat es mit großer Routine verstanden, die angeblich schlechte Lage der Steinbruchindustrie in die weiteste Öffentlichkeit bringen zu lassen. — In letzter Stunde sind nun auch die Führer des christlichen Keramik- und Steinarbeiterverbandes gekommen, um den Unternehmern Beizuspringen. Und so huschen gegenwärtig einige christliche Gewerkschaftssekretäre gleich Eulen im Dunkeln in den rheinischen Grauwacken- und Basaltbrüchen herum, um in der bekannten „sachverständigen“ — Weise für den Zoll zu agitieren. Die Herren in Köln lassen eben nichts unversucht, um sich bei den Unternehmern gehörig, wenn auch indirekt, anzubiedern. (Sehr richtig!) Wir sehen ja in verschiedenen Fällen, wie die Christlichen immer tapfer an der huldvollen Unternehmerrbrust kämpfen. — Wer die Pflastersteinzollfrage behandeln will, muß die gesamte Steineinfuhr Revue passieren lassen. Deutschland führt durch sich nittlich etwa ein:

1. An rohem Marmor für 7,5 Mill. Mt.
2. „ Rohblöden aus Granit, Labrador u. Sava für 6,0 „ „
3. „ Pflastersteinen für 9,0 „ „
4. „ Steinmeharbeiten für 4,0 „ „

Die Einfuhr unter Ziffer 1 und 2 kann uns nur sehr angenehm sein; die Rohsteine werden in Deutschland weiter verarbeitet. Wenn heute Italien für den Marmor und Schweden für die Granitrohblöcke hohe Ausfuhrzölle ansetzen würden, Tausende und abermals Tausende deutscher Steinarbeiter in den Schleiferbetrieben würden ungeheuer geschädigt. (Lebhafte Hört, hört!) In den Orten Oepach, Bunsfeld, Seuffen, Selb, Schwarzenbach, Karlsruhe, Weplar, Kiel, Rostock, Wollgast usw. befinden sich große Monumentalfabriken, die auf billiges schwedisches Rohmaterial angewiesen sind. Trift ein Ausfuhrzoll ein, sofort sagen die deutschen Unternehmer, das Rohmaterial wurde teurer, die Bühne können nicht mehr erholdt, es muß sogar eine Reduzierung ins Auge gefaßt werden. — Im Vorjahr hat die deutsche Zollbehörde die schwedischen Rohblöcke verzollen lassen, weil dieselben roh zubereitet waren und sofort schlugen die deutschen Unternehmer Alarm, damit die Verzollung in Wegfall komme. Die Entrüstung der Unternehmer war in diesem Falle berechtigt. — Aberner würde es mit Freude begrüßen, wenn ein christlicher Sekretarius mittels Zaubersabes einen ungeheuren Berg mit vorzüglichen roten und schwarzen Granitmassen nach der hiesigen Gegend dirigieren könnte. Redner würde jenem Zauberer gern mit eigener Hand ein schlichtes, aber unvergängliches Denkmal errichten. (Große Heiterkeit.)

Scharf angefaßt wird die Einfuhr der Position 3, Pflastersteine betreffend. Unse Freunde, die Boffierer, oder wie sie hier genannt werden, die Ripper, können dieser Einfuhr keinen Geschmad abgewinnen. Dieser Standpunkt hat scheinbar gewiß etwas für sich. Wenn den Rippern gesagt wird, bei der Beseitigung der Einfuhr gibis höhere Löhne, so ist es begreiflich, wenn sie die Bestrebungen der Unternehmer unterstützen möchten. — Der Referent fragt nun die Versammelten, ob es wahr ist, daß die hiesigen Ripper Pflastersteine anfertigen, welche nach Belgien und Holland geliefert werden. (Durch viele zustimmende Zwischenrufe wird die Anfrage des Redners vollauf bestätigt.) Staudinger fuhr nun fort: Möchten die Kollegen diese beiden Absatzgebiete verlieren. (Lebhafte Zurufe: Nein, nein!) Also, die rheinischen Pflastersteinbruchbesitzer haben eine eigenartige Logik: Nämlich gegenüber Schweden soll eine Zollmauer errichtet werden, der belgische und holländische Markt soll aber zollfrei den Deutschen überlassen werden. So was nennt man Interessenpolitik, und die können wir nicht mitmachen. (Lebhafte Beifall.) Die rheinische Steinindustrie ist unter allen Umständen mit ihren Erzeugnissen auf die zwei genannten Länder im starken Maße angewiesen. Wenn Belgien und Holland Einfuhrzölle erheben würden, so müßten wir ebenfalls im Interesse der Arbeiter dagegen auftreten. (Sehr richtig!) Wenn nach den Rheinstädten eine schwedische Teillieferung in Pflastersteinen vergeben wird, so mag uns das nicht gefallen, aber die Deutschen werden ja auch mit Vorliebe die Auslandsaufträge in die Tasche. Die Basaltwerke in Sins a. Rh. (gegründet von Zervas) müßten Hunderte von Kollegen entlassen,

Literatenstand und Presse.

Dieses Thema behandelte am Sonntagabend in einem Vortrage der Gehe-Stiftung zu Dresden Herr Th. Curti, Direktor der Frankfurter Zeitung. Aus seinen Ausführungen sei folgendes wiedergegeben:

Ein Literat ist nach des Wortes Bedeutung ein Wissenskundiger, ein Gelehrter oder Gebildeter, aber der Sprachgebrauch versteht darunter einen Mann, der die Abfassung von Schriften zu seinem Beruf macht und in den meisten Fällen von der Feder lebt. Allerdings ist das Wort Literat heute weniger gebräuchlich als früher, sein Begriff umfaßt aber im Gegenja zur Statistik, die alle Literaten in eine Klasse reißt, mehrere Berufsgruppen der Gegenwart: Privatgelehrte, Schriftsteller und Journalisten. Der Vortragende bemerkte, sich vorwiegend mit den beiden letzteren Kategorien beschäftigen zu wollen.

Eine große Gruppe unter den Literaten bilden die Redakteure. An den kleineren Zeitungen ist nur ein Redakteur tätig, an größeren teilen sich mehrere in die Arbeit oder einer verrichtet die Hauptarbeit, während andere Kräfte ihm die Tagesneuigkeiten oder sonstigen Stoff zutragen. In den großen Tageszeitungen gibt es besondere Abteilungen für Politik, Lokales, Feuilleton, Sport, Handel usw. und in jeder Abteilung sind Redakteure und Berichterstatter tätig und festangestellt. Der politische Redakteur ist zugleich oft Spezialist für Wirtschafts- und Sozialpolitik. Seit etwa 40 Jahren, seit dem Aufkommen der Sozialdemokratie und des Kathedersozialismus und den kolossalen Umwälzungen auf dem Gebiete des Wirtschafts- und Handelslebens, sind solche Stellen in den Zeitungsredaktionen eigens geschaffen worden, um eine sachmännliche Behandlung der Arbeiter- und Agrarfrage, der Mittelstandspolitik, der Frauenfrage und dergl. mehr zu ermöglichen. Der lokale Teil einer Zeitung kommt hauptsächlich als Feld der lokalen Reportage in Betracht. Die Lokalreporter bilden einen großen Teil des Standes, sie tragen wie Ameisen der Zeitung alle die Allgemeinheit interessierenden Nachrichten zusammen. Manche Blätter verdanken ihren Erfolg ausschließlich der Ausgestaltung ihres lokalen Nachrichtendienstes und auch ganz große politische Zeitungen können sich ihm nicht ganz entziehen. Eine besondere Klasse bilden wieder die Feuilletonredakteure, von denen ein großes Blatt mehrere haben muß, um den Stoff, dessen Andrang meist ein recht großer ist, sichten und bewältigen zu können. Das belletristische Feuilleton ist seit dem Aufkommen des Publikums in den letzten Jahren außerordentlich gewachsen. Verbunden mit dem Feuille-

ton sind vielfach noch Abteilungen für regelmäßige Bücherbesprechungen. Die Handelsredakteure haben von Frankfurt a. M. ihren Ausgang genommen; die wichtigsten Handelszeitungen erscheinen außer in Frankfurt a. M. in Köln, Hamburg, Berlin und Wien. Aufgabe des Handelsredakteurs ist es, über die Lage des Börsen-, Waren- und Geldmarktes, über Kolonialgründungen, über den Stand der Warenbrände zu berichten, vor schwindelhaften Unternehmungen zu warnen usw. Erst die letzten Jahrzehnte haben diese Aufgaben entstehen und sehr erweitern lassen. Die meisten Blätter beschränken sich aber auf die Wiedergabe der wichtigsten Börsen- und Handelsnachrichten. Die jüngste Zeit hat auch die Nacht- und Depeschennredakteure entstehen lassen. Ihre Aufgabe ist es, die einlaufenden Depeschen druckreif zu machen. Im Vergleich zu heute war der Depeschendienst der Zeitungen zur Zeit des Deutsch-französischen Krieges geradezu ärmlich. Ferner sind die Redakteure an Revuen, Fach- und Unterhaltungsblättern zu nennen. Dann gibt es Korrespondenzen, lose gedruckte und autographierte Blätter, die nicht in die Hände des Publikums gelangen, sondern für die Zeitungen bestimmt sind und schnell gefertigte Auszüge aus großen Zeitungen, Nachrichten von Behörden und Parteileitungen und Sonstiges enthalten. Die Provinzpresse bezieht daraus meist ihre Leitartikel und Großstadtbriefe. Endlich sind noch die Redakteure der sogenannten kopflosen Zeitungen zu erwähnen, Blätter mit gleichem Inhalt, die von verschiedenen Orten, aber unter einem andern Titel erscheinen.

Die Korrespondenten bilden die zweite große Klasse der Journalisten, die den Redaktionen Meldungen und Betrachtungen über auswärtige Tagesereignisse liefern. An Faktoren, die zu dieser vielseitigen Ausgestaltung des Zeitungswesens beigetragen haben, sind neben dem Anwachsen der Städte, der Bildung neuer Großstaaten, der Eintritt Deutschlands in den Weltmarkt usw. vor allem die Verbreitung der Stenographie und die Verbilligung der Depeschen zu nennen. Der Dienst der Korrespondenten erfordert große Anstrengungen. Während früher für eine Zeitung einige Korrespondenten in den wichtigsten Hauptstädten genügten, muß sie heute ein Reg von Mitarbeitern über den ganzen Globus besitzen, wenn sie als gut informiert gelten will. Eine Spezialität unter den Korrespondenten bildet der Reiseredakteur und Kriegskorrespondent. Er muß vor allem das Talent besitzen, interviewen und wiedererzählen zu können. Zu den Literaten gehören ferner die freien Schriftsteller, die meist ebenfalls im Dienste der Tageszeitungen stehen, die Fachschriftsteller und endlich auch die Korrektoren in großen Werk- und Zeitungsdruckereien. Nicht zum Literaten-

stande zählen diejenigen, die zwar literarisch tätig sind, aber nicht im Hauptberuf.

Die Arme der Literaten umfaßt nach einer, allerdings nicht ganz zuverlässigen Zählung vom Jahre 1907 in Deutschland 7825 Privatgelehrte, Schriftsteller und Journalisten, davon gehörten 760 = 10 Prozent dem weiblichen Geschlechte an. Die höchste Ziffer wies Sachsen mit 672 auf, es folgten Schlesien mit 664, Berlin 525, Brandenburg 573, Provinz Sachsen 464, Südbayern 362, in den meisten preussischen Provinzen schwankt die Zahl der Literaten zwischen 200 und 300.

Auf die Vorbildung der Journalisten besonderen Wert zu legen, hat man erst angefangen, als die Aufgaben der Presse immer größer und der Andrang zum Journalistenberufe immer stärker wurde. Eine gute Schulbildung ist jedenfalls für einen Journalisten das beste Nützige, indessen machen Kenntnisse allein noch keinen Journalisten, sicher erfordert der Beruf eines Journalisten viel und gebildeten Geist, die Gabe, rasch aufzufassen und mitzuteilen, gesunde Nerven, eine kampfesfreudige Natur, Verantwortungsfähigkeit, seelisches Gleichgewicht, die Kunst der Anpassung an Tag, Ort und Stunde. Die Anfänger im Journalismus, auch wenn sie von der Hochschule kommen, müssen erst Handgriffe lernen und Kleinarbeit verrichten. Weil im Journalistenberufe natürliche Anlage und Routine große Rollen spielen, so ist gewiß dieses oder jenes Studium von großem Werte, entscheidend bleiben aber die intellektuellen und moralischen Eigenschaften.

Die materielle Lage des Literatenstandes ist in Deutschland nicht sehr günstig. Man wird der Wirklichkeit nahe kommen, wenn man das Durchschnittsgehalt eines Redakteurs auf 2000 Mark annimmt. Das Anfangsgehalt eines Redakteurs an einer großen Zeitung schwankt zwischen 1800 und 2400 Mt., steigt aber bald, sobald die Leistungen befriedigen. Das Gehalt eines festangestellten und längere Zeit tätigen Redakteurs an einer großen Zeitung beträgt 8000 bis 12 000 Mt., darüber steigt es nur selten. Nicht besser oder noch ungünstiger steht es mit dem Schriftsteller aus. Allerdings gibt es auch solche, die, von der Günst des Augenblicks einmal hochgehoben, in der Lage sind, ihr Talent günstig zu verwerten.

Mit der sozialen Fürsorge für die Schriftsteller und Journalisten ist es noch übel bestellt. Deshalb ist es zu begrüßen, daß der Entwurf für die Privatbeamtenversicherung der Redakteure mit einem Gehalt bis 5000 Mt. mit in die Zwangsversicherung einbezogen. Immerhin dürfte die Sache nicht allzu pessimistisch aufgefaßt werden, denn man muß berücksichtigen, daß sich der ganze Stand in seinem Aufstieg befindet.

wenn dem Werke die Ausfuhr unterbunden würde. (Zustimmung.) In den rheinischen Stadtverwaltungen ist Zentrum Trumpf, und zwar ohne Bloß. Die Unternehmer im trauten Verein mit den christlichen Sekretären könnten ja nun bei den Bürgermeistern und Räten antihandrieren, daß nur heimisches Material Verwendung findet. Also bei jenen Herren, die nationale Entristung mimen, des weiteren die Faust ballen und dann wird erreicht werden, daß die Pflastersteineinfuhr ohne Zoll als befreit gilt. (Lebhafte Beifall.) Die Zentrumshandverordneten im Rheinland mögen in diesem Sinne wirken und der Zollstreit hat sich erledigt.

Als im vorigen Jahre der schwarz-blau-weiße der Volksmasse erdrückende Steuern auferlegte, sind da auch die Gewerkschaften, paraden, Zentrumsgagatoren Lehner, Fromm usw. ins heilige Gebiet gekommen, um die Steuererschöpfung populär zu machen? (Zurufe: Nein, nein!) Damals wäre es an der Zeit gewesen, wenn sich die christlichen Führer entriistet hätten und an unserer Seite kämpften. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Unternehmer behaupten, die deutsche Steinindustrie komme nicht vorwärts. Ist das wahr? Die Steinbruchberufsgenossenschaft weist folgendes statistisch nach:

Jahr	Betriebe	Bollarbeiter	Ausgezahlte Lohnsumme
1887	12 860	92 175	61 346 114 Mk.
1890	14 983	114 594	82 553 080
1901	13 234	148 615	129 755 678
1909	12 358	161 749	170 611 273

Daraus ergibt sich eine rapide Zunahme des Großbetriebes, die Zahlen der Bollarbeiter und der ausgezahlten Lohnsummen zeigen das drastisch. In 22 Jahren stieg die Zahl der Bollarbeiter um rund 69 000. Es ist somit eine demagogische Behauptung, vom schlechten Stand der Steinindustrie zu reden. Als Arbeiter freuen wir uns, daß sich diese Industrie so ausbreitungsfähig erwies. (Sehr richtig!) Die Pflastersteineinfuhr in die im Agger- und Bahnbachtal und im Westwald ist erst in den letzten 20 Jahren so ungeheuer in Schwung gekommen. Dieser Fortschritt ist trotz der schwedischen Konkurrenz erreicht. Allerdings wird heute soviel Pflastersteinmaterial produziert, daß einem der Gedanke kommen muß, ob denn unser Planet völlig mit einer Pflasterdecke versehen werden sollte. (Heiterkeit.) Es muß in Erwägung gezogen werden, daß die Einführung der verschiedensten maschinellen Vorrichtungen ungeahnte Fortschritte macht, sonst würde die Arbeiterzunahme noch riesiger sein. Allerdings, die Kleinbetriebe sind verschunden und in hiesiger Gegend hat das Linzer Werk sogar die Märkische Steinindustrie A.-G. mit einem Aktienkapital von 1 800 000 Mk. aufgefressen. (Stürmische Heiterkeit.) Der Westwall mit seiner stark durchgehenden Basaltindustrie kennt nur den Großbetrieb; allerdings im Magener Basaltlavagebiet dominiert der Zwerg- und Mittelbetrieb. Die industrielle Umwälzung wollen und können wir nicht aufhalten. Der ausbreitungsfähige Kapitalismus ist der größte Feind der Kleinunternehmer.

Wenn der Zoll kommt, dann werden in Deutschland vielleicht 3000 bis 4000 Hartsteinarbeiter mehr beschäftigt. Das ist, wer objektiv urteilt, ein volkswirtschaftlicher Vorteil. Aber heute wimmelt es bei uns schon von Ausländern. Im Ruhrkohlenfeld und im Sandsteingebiet, wo auch die Pflastersteinproduktion im großen betrieben wird, da treffen wir nicht bloß Kolonnen von Ausländern, nein, Regimenter und Legionen. (Lebhafte Pörs, hört!) Wenn dann die Arbeiterzahl erhöht werden soll, dann wird sicherlich der Schrei nach ausländischen, billigeren und willigeren Arbeitskräften ausgehoben. (Sehr wahr!) Selbst den Herren in Köln erscheint dieser „Patriotismus“ als ungenießbar. Die Unternehmer werden ihre Betriebe vergrößern, neue Maschinen anschaffen und in 3 bis 4 Jahren zwischen sie abermals das Sieb vom schlechten Stand der Steinindustrie.

Aber eins sei bemerkt: Es wird eintreten, daß die Schweden nach den Ost- und Nordseeländischen Küsten trotz des Zolles liefern werden. Die schwedischen Unternehmer werden einfach die Arbeitslöhne um den eventuellen Zolltag zu kürzen versuchen, und gelangt ihnen das, so wäre in Deutschland nichts gebessert. Selbstredend liegt auch uns Deutschen das Hemd näher als der Rock, aber wir können uns für einen Pflastersteinzoll aus beruflichen und allgemeinen (volks- und handelswirtschaftlichen) Gründen nicht begeistern.

Als eine perfide Demagogie muß die Unternehmerrandbezeichnung bezeichnet werden, die Auslandskonkurrenz erdrückt uns. Die Christlichen haben das Stichwort der Unternehmerrandbezeichnung und appropiert. (Heiterkeit.) Wie steht es mit dieser Behauptung? Die schlesischen Bruchbesitzer kämpfen auf die Konkurrenz in Sachsen, die Heuchler Unternehmer ränzonieren über die Bayern, die großen Bayern schimpfen über die Konkurrenz der Unternehmer in den gesamten Bundesstaaten (Große Heiterkeit), und zwar aus der mitleidigen geographischen Lage heraus. Die oberheffischen Basaltlavabrunder besklagen sich über die Magener Konkurrenz und die übrigen rheinischen Industriellen klagen Schweden an. Sie hätten aber selbst allen Grund, über ihre eigenen Submissionsresultate tiefenste Betrachtungen anzustellen. (Sehr richtig!)

Die deutschen Schleifereibesitzer können sich auf Schweden nicht hinausreden, aber da ist wiederum die deutsche Konkurrenz erdrückend. Also an Ausreden fehlt es nicht, Arbeiterforderungen abzutun.

Deutschland liefert alljährlich in runder Summe für 175 Millionen Mark Waren nach Schweden, die schwedische Einfuhr nach Deutschland ist mit 145 Millionen Mark anzuschlagen. Kein Mensch kann sagen, daß bei einer solchen Handelsbilanz Deutschland benachteiligt ist. Schweden ist auch schutzbillnerisch gesinnt, und die haben ihre Unterhändler auch scharf gemacht. Ein Keil treibt eben den andern. Des weitern wollte Schweden einen Ausfuhrzoll für Eisenerze festlegen. Dagegen protestieren wiederum die deutschen Eisenindustriellen. Bei Handelsvertragsverhandlungen kann es mit dem besten Willen nicht jeder Berufsgruppe recht gemacht werden. Hervorgehoben muß werden, daß die Schleifereibesitzer auch auf den ausländischen Markt angewiesen sind, das verschweigen natürlich die Hartsteinindustriellen geistlich.

Redner sagt zum Schlusse: Zollfragen seien immer hart umstritten und unsere Mitglieder können nach eigenem Ermessen in dieser Frage entscheiden. Er unterlasse es auch, auf die furchtbare Auspönerung näher einzugehen, die uns die Zollfrage auf alle Lebensmittel vor neun Jahren gebracht hätten. Die Reichsregierung im Verein mit den „nationalen“ Parteien hat der Arbeiterchaft seitdem das Leben sehr sauer gemacht. Die betriebene vorjährige Steuerpolitik legte dann allem erst die Krone auf. Die Zentrumsgewerkschaftsmänner Fromm, Lehner, Brendel und so fort wollen ihr schwaches Organisationsgenie aufpöppeln, und da glauben sie die Zollfrage agitatorisch ausnützen zu können. Aber auch dieser Trid bringt ihnen nicht den ersten Mitgliederzuwachs. Herr Lehner geruhte kürzlich in Dümplinghausen über die Zollfrage zu referieren. Das Resultat seiner Beiseheit ernten wir, indem unsern Verband eine ansehnliche Zahl von Mitgliedern beirat. (Heiterkeit.) Die deutschen Hartsteinindustriellen haben für noch billigere Frachttätze einzutreten, da finden sie auch unsere Unterstützung. Sie haben ferner eine umfassende Propaganda für das heimische Material zu machen und sich mehr an den Ausstellungen zu beteiligen. Die Steinindustriellen im Rheinland und Westfalen sind mit ihrer Produktion teilweise aufs Ausland angewiesen, dann ist es unlogisch, einseitig für Zölle einzutreten. Der Steinarbeiterverband wird trotz der Zollagitation in den rheinischen Bruchgebieten vorwärts kommen, dafür birgt die gesunde Anschauung der Hilfsarbeiter, Brecher und Ripper. Das beweisen auch ferner die stark besuchten Versammlungen. Die Zentrumsgagatoren wollen die volksfeindliche Politik ihrer Partei in Bergeshöhe bringen, deshalb das Anschmufen bei den Steinarbeitern. (Lebhafte Beifall.)

Die Anwesenden folgten dem Referat mit größter Aufmerksamkeit, das bewies auch die Zustimmungsbildungen. Widerspruch gegenüber dem Gehörten erfolgte nicht, ein Beweis, daß die Zollfragen objektiv behandelt wurde. g. l.

Grenzstreitigkeiten.

Anlässlich der Organisierung einiger Kunststeinarbeiter in unsern Verband hatte der Fabrikarbeiterverband eine Versammlung der Kunststeinarbeiter von Groß-Berlin einberufen und Vertreter und Mitglieder unsres Verbandes hierzu eingeladen. Mit der Bekanntgabe der Tagesordnung: In welchem Verbands mit in sich die Kunststeinarbeiter organisieren?, erhielt der Vorsitzende unsrer Zahlstelle, Kollege Winkler, das Wort. Derselbe wies zunächst darauf hin, daß seines Erachtens von einem Zwange, welcher Organisation sich die Kunststeinarbeiter anzuschließen hätten, keine Rede sein könne, sondern daß den bestehenden Organisationsverhältnissen Rechnung getragen werden müsse. Es könne sich nur darum handeln, eine Aussprache darüber herbeizuführen, in welcher Organisation die Interessen der Kunststeinarbeiter am wirksamsten vertreten werden können, um dann die Interessenten selbst darüber entscheiden zu lassen, welcher Organisation sie sich anschließen wollen. Habe es doch selbst der Hamburger Gewerkschafts-Kongress abgelehnt, irgendwie bestimmend in die Zugehörigkeitsfrage einzugreifen, sondern sich darauf beschränkt, unter Schaffung von allgemeinen Richtlinien dieselbe der freien Entwicklung zu überlassen.

Die bestehenden Organisationsverhältnisse bedingen, daß sich jeder Arbeiter seiner Berufsorganisation anschließe, also die Steinarbeiter dem Zentralverband der Steinarbeiter. Zur Steinindustrie gehören jedoch nicht nur die Natur-Steinarbeiter, sondern auch die Kunststeinarbeiter. Soll doch der Kunststein Ertrag für Naturstein sein und demzufolge dem Naturstein täuschend ähnlich nachgeahmt werden. Hierzu ist jedoch die Mitwirkung der aus der Natursteinbranche hervorgegangenen Arbeiter erforderlich, so bei Sandstein-, Kalkstein-, Basaltimitationen der Steinmetz, bei Granit- und Marmornachahmungen der Marmorschleifer. Diese beiden Arbeiterkategorien sind unbestrittener Besitz des Steinarbeiterverbandes. Was läge also näher, als auch die Kunststeinarbeiter in unsre Reihen aufzunehmen. Redner verlag diese als Hersteller des Kunststeins mit den Arbeitern der Steingewinnung in den Steinbrüchen, den Brechern, die unsern Verband ebenfalls angegeschlossen seien. Die 150 Mann starke Sektion der Kunststeinarbeiter würde im Steinarbeiterverband dem Unternehmertum der Steinindustrie gegenüber einen viel größeren Nachfaktor darstellen als im Fabrikarbeiterverband. Wenn auch anzuerkennen sei, daß der Fabrikarbeiterverband Ansehliches für die Kunststeinarbeiter geleistet habe, so dürfte doch nicht außer acht gelassen werden, daß das im allgemeinen günstigere Lohnniveau der Bauberufe die Festsetzung der Löhne in der Kunststeinbranche allseitig beeinflusst habe. Zudem sei die Kunststeinfabrikation noch im Entstehen begriffen, und alle Neuerungen setzten mit verhältnismäßig guten Arbeits- und Verkaufspreisen ein. Erst die zunehmende Konkurrenz habe gewöhnlich ein Sinken der Preise im Gefolge, womit dem Naturstein ein immer gefährlicher werdender Gegner erwächst. Daher unser Interesse an der Einflußgewinnung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kunststeinindustrie. Nicht die Erhöhung unsrer Mitgliederzahl ist der Ansporn unsres Beginns, sondern der Selbsterhaltungstrieb in beruflicher Beziehung.

Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden durch die Kollegen Baumgarten und Heilig wirksam unterstützt. Der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes sowie verschiedene Mitglieder deselben traten den Ausführungen des Referenten entgegen. Ersterer berief sich auf die fabrikmäßige Herstellung des Kunststeins, ferner auf einen vor Jahren durch die Berliner Gewerkschaftskommission herbeigeführten Schiedsspruch, als der Bauhilfsarbeiterverband und der Fabrikarbeiterverband sich um die Vertretung der Interessen der Kunststeinarbeiter stritten. Eine Milderung dieses Zustandes könne auf lokaler Grundlage überhaupt nicht herbeigeführt werden, sondern müsse, wenn sie notwendig sei, eine zentrale Regelung finden. Ein Uebertritt zum Steinarbeiterverband würde zum mindesten eine Verjährung im Punkte Unterstützungseinrichtungen zur Folge haben.

Nach lebhafter Diskussion, in welcher unsre Redner die Gegenstände zu entkräften suchten, wurde eine Resolution eingebracht, welche den Fabrikarbeiterverband als den einzigen rechtmäßigen Vertreter der Kunststeinarbeiterinteressen bezeichnet und dem Steinarbeiterverband jegliches Einmischen verbietet. Diese Resolution rief den schärfsten Protest auf unsrer Seite hervor, unter dem Hinweis auf die auf dem Hamburger Gewerkschafts-Kongress angenommene Resolution zur Verminderung von Grenzstreitigkeiten, in welcher es heißt: „Sind in einem Industriezweig für die gleichen Berufe mehrere Organisationen vorhanden, die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen sind, so gelten dieselben in Bezug auf die Gewinnung von Mitgliedern und auf die Führung von Lohnbewegungen als gleichberechtigt.“ Die Versammlung wurde darauf, ohne eine Abstimmung über die Resolution vorgenommen zu haben, wegen der vorgerückten Zeit geschlossen.

Anmerkung. Eine Regelung auf zentraler Grundlage, event. unter Mitwirkung der Generalkommission, wäre dringend geboten. Es ist nicht angängig, daß, gestützt auf Verbandsstatuten und Aufrufe im „Steinarbeiter“, auf der einen Seite der Wille in die Tat umgesetzt oder umgesetzt versucht wird, während auf der andern Seite Unklarheit und Unsicherheit über die Berechtigung oder Zweckmäßigkeit des Vorgehens herrscht. Hält die Entscheidung zugunsten des Fabrikarbeiterverbandes aus, nun — so führen wir diese in die in Betracht kommenden Kunststeinarbeiter (Stamper) zu. Eine Beripplierung derselben würde sich an der Natursteinbranche selbst am schwersten rächen. E. W.

Die gekränkten Schwarzen.

Unsre lieben schwarzen Nachbarn in Kiefernfeldern sind nun einmal nicht von ihrem Wahn zu kurieren, auch Gewerkschaftler zu sein. So bringt der „Keramarbeiter“ in Nr. 10 einen von gewerkschaftlicher Kraftmeierei strotzenden Artikel, der unsre Kollegen wieder einmal vernichten soll. Das tobende Wurfpapier spekuliert mit seinen freien Behauptungen offenbar auf die Dummheit seiner Leser, denen es glauben machen will, unsre dortigen Kollegen hätten christliche Arbeiter wegen ihrer geringen Leistung bei der Generaldirektion denunziert. Eine echt jesuitische Spekulation, aber vollständig verfehlt. So naive Kerle, die das glauben, gibt es selbst in Kiefernfeldern nicht, wohl aber solche, die unter der christlichen Maske frommer Einfalt ihre jesuitischen Verdrehungen an den Mann bringen wollen. Es ist niemand denunziert worden. Die Direktion bestrafte etwas mehr Sachkenntnis, als z. B. der Redakteur des christlichen Blättchens, und weiß, daß Granitarbeiter längere Zeit brauchen, um sich auf Marmor einzuarbeiten zu können. Warum es gerade christliche Granitarbeiter sind, die man anlernen läßt, begreifen wir, denn die Direktion weiß ja, wie gut die glorreichen christlichen Gewerkschaftskraftmeier Unternehmerrinteressen vertreten. „Die Direktion will nur mehr christlich organisierte Steinmetzen, die roten Heher müssen alle hinaus,“ so etwa sprach mit frommer Nachstehende Herr Lehner II, als er in Erding unsern Münchner Kollegen E. für Kiefernfeldern als Hausvater lobend erwähnte. (Siehe „Steinarbeiter“ Nr. 28 und Nr. 35, 1909.) Unsre wirtschaftlichen Gegner mögen ihre Machtstellung sichern, wie sie es

für gut finden, daß aber diejenigen, die sich in solch erbärmlicher Weise an den Unternehmerranden spannen, es noch wagen, uns rote Nachgewerkschaftler zu nennen, von Genossenschaftswegen zu sprechen, das übersteigt doch das bisher übliche Maß von Frechheit. Ekelerregend wirkt eine derart verlogene Heuchelei, die uns und ihren geduldbigen Anhängern auch noch ihre alten Lügen über unsern Streik aufdrängen will. Die Herrschaften bemängeln ihre damalige Haltung mit der Unterstützungsverweigerung, die sie dem Bericht des Zentralvorstandes für 1904 entnahmen. Verschwiegen wird die allwöchentliche volle Auszahlung der Unterstützung durch den Kassierer der Münchner Zahlstelle, ebenso die Rückerstattung sämtlicher Kosten (2419 Mk.) an diese, wie der Jahresbericht des Zentralvorstandes für 1905 ausweist. Es ist bekannt, daß Mittenmeier die Auszahlung prompt bewirkte. Die alte Bettelge des seligen Braun in der „Gewerkschaftsstimme“, vom Vortgang der freikindenden Genossen zum Kiefernfelder Pfarrhofe, ist bereits im September 1905 im „Steinarbeiter“ gründlich erledigt worden. Ebenso ist das Geschichtchen von den rot organisierten, die ruhig weiterarbeiten durften, ein altes Stückchen christlicher Falschmünzerei. Die Herren kennen den wahren Sachverhalt ganz genau, fälschen ihn aber mit frommem Augenverdrehen, um ihre Anhänger von der Genossen Schlechtigkeit zu überzeugen.

Geradezu lächerlich wirkt die Behauptung, daß fast immer die bösen Christlichen es waren, die uns die Kastanien aus dem Feuer holten. Warum lassen sie denn ihre eigenen Kastanien in die Hände der Arbeiter fallen, die sich für die Hilfsarbeiter der Sägerei bei der letzten Lohnbewegung. Wenn die Herren, wie im April 1909, Verträge abschließen, die einen Verrat an der ganzen Arbeiterchaft darstellen, dann im Lande herumreisen, um christliche Arbeiter zu werben, die den Unternehmer gegen höhere Forderungen der Freiorganisierten schützen sollen, indem sie bei einem etwaigen Kampf den letzteren in den Rücken fallen, dafür bei einer weiteren Lohnbewegung kleine Zugeständnisse bereitwillig appetieren dürfen, so nennen sie das gewerkschaftliche Erfolge. Glauben denn die Herren Oberchristen, ihre geduldbigen Anhänger seien wirklich so blöde, das zu glauben?

„Sunderzwanzig Mark an Beiträgen hat es mich gekostet, bis ich geschickt wurde,“ jagte ein frommes christliches Vorstandsglied und kehrte den schwarzgelben Heuchlern den Rücken. Ja, die verlogenen Artikel christlicher Zeitungsschreiber öffnen so manchem unbeabsichtigt die Augen. Deshalb läßt sie uns kalt, diese verlogene Demagogenfressheit, denn wir kennen diese Kraftmeier.

Submissionen.

- Landbauamt in Vauhen. Sandsteinarbeiten für den Neubau eines Gefangenenhauses zu Jittau.
- Kreisbauinspektion in Offenbach a. M. 160 Kubikmeter Basaltspalt und 364 Kubikmeter Basaltmehl für die Herstellung von Kleinpflaster auf der Kreisstraße.
- Straßenbauinspektion in Pforzheim. Umflasterung und Neuerstellung von beiläufig 1900 Quadratmeter Rinnenpflaster an Landstraßen, Kreisstraßen und Kreiswegen einschließlich Steine.
- Bahnbaubureau in Waldkörn. 1. 520 Meter Randsteine aus rotem Sandstein und 130 Stück Abweichtsteine, 2. 1200 Kubikmeter Kalksteinmörtel.
- Stadtbaumeister Griefener in Bensheim. Lieferung von 63 400 Stück Pflastersteinen aus Granit oder Syenit für Bahnhofs- und Gassenpflasterungen, ganz oder getrennt in Lieferungen von 51 000 Stück, 9000 Stück und 2900 Stück.
- Eisenbahnbauabteilung in Linz a. Rh. 1800 Logen Klein Schlag und 40 000 Tonnen Splitt, auch Fließgrot, zur Herstellung der Bettung der Strecke Flammerfeld—Elsaff der Neubaulinie Seifen—Linz in einem Lose.
- Eisenbahnbetriebsamt in Thorn. 1900 Quadratmeter Reihenpflastersteine aus Hartgestein.
- Stadtbaumeister in Altona. 3500 Kubikmeter Backsteine zur Herstellung der Packlage für Schotterstraßen.
- Hochbauinspektion II in Bremen. Granitarbeiten (Keller-treppen) zum Neubau des Stadthauses in Bremen.
- Eisenbahnbauabteilung in Goslar. Herstellung von 1020 Quadratmeter Pflasterpflaster einschl. Lieferung der Steine an der Hfelder Chauffee.
- Eisenbahnbauabteilung in Weiskensfeld. 2500 Kubikmeter Einschlag (Kleinschlag) aus Hartgestein.
- Eisenbahnbauabteilung in Wittenberge. Lieferung der Steinmaterialien für 1910 zu den Elbtrombauten im Baukreise Wittenberge.
- Stadt. Hochbauamt in Mainz. Sandsteinarbeiten (24 Kubikmeter roter Sandstein) für ein Volksschulhaus.
- Eisenbahnbetriebsamt in Bielefeld. 4000 Kubikmeter Basaltstein Schlag.
- Eisenbahnbetriebsamt in Mainz. 1. Erd-, Maurer-, Asphalt- und Steinmetzarbeiten für eine Betriebswerkstätte auf Bahnhof Bischofsheim.
- Wasserbauamt in Mainz. Lieferung von rund 1250 Kubikmeter Wasserbausteinen in drei Losen von 250, 400 und 600 Kubikmeter zur Unterhaltung der Ufer- und Strombauwerke am Main.
- Landesbauinspektion in Montabaur. Lieferung zum Neubau einer Zufuhrstraße von Bahnhof Höhr nach der Bergbez. Emser Straße in Höhr (Westwall): 2. 4. 801 Kubikmeter Basaltkleinschlag, Splitt und Sand; 3. 6: 1574 Meter Basaltlavabordsteine und 37 800 Stück Pflastersteine.
- Bürgermeisteramt in Mühlhausen, Elsaß. Ausführung der 68 000 Mark veranschlagten Maurer-, Asphalt- und Steinmetzarbeiten für den Neubau des Allgemeinen Kinderpavillons im Gasenrahpital.
- Kreisbauamt in Pagenau. Arbeiten und Lieferung zur Anlage von Bürgersteigen in zwei Losen. Los 1. 619 Iff. Meter Granitbordsteine auf Betonunterlage und 425 Quadratmeter Zementplattenbelag desgl.; 2. 1039 Quadratmeter Kleinpflaster aus Granitsteinen auf Betonunterlage, 346 Quadratmeter Rinnenpflaster desgl., 304 Kubikmeter Kalkmörtel für 1558 Quadratmeter Packlage.
- Stadtbaumeister in Arnsherg i. B. Lieferung von 440 Iff. Metern Basaltlava-Bordsteinen und 2350 Quadratmetern Basalt-Kleinpflastersteinen, getrennt.
- Vorstand des N. Wasserbauamtes in Torgau. Lieferung von 600 Kubikmeter Pflastersteinen, 2000 Kubikmeter Schliffsteinen, 600 Kubikmeter Steinquad für Baustraße Mühlberg und 200 Kubikmeter Pflastersteinen, 4000 Kubikmeter Schliffsteinen, 1500 Kubikmeter Steinquad für Baustraße Torgau in beliebigen Mengen, jedoch getrennt für die einzelnen Baustraßen.
- Bauleitung für die Landesanstalt in Arnsherg. Granit- und Sandsteinarbeiten für das Gebäude für überwachungsbedürftige Männer und Frauen.
- Landesbauamt Aachen—Süd, Nizzaallee 87. Lieferung von Rinnenpflastersteinen aus Basaltlava, 12—14 Zentimeter lang, breit und hoch und 2/3 der Kapfläche als Saßfläche, 910 Quadratmeter frei Eisenbahnstation Heimbach (Eifel), 320 Quadratmeter frei Eisenbahnstation Bettweil.
- Eisenbahnbauabteilung in Corbach. Für den Bau der Neubaustrecke Dahlen—Corbach: Hartbasaltkleinschlag für Gleisbettung: 1. 21 000 Kubikmeter für die Teilstrecke vom Bahnhof Waldeck (ausgeschlossen) bis Bahnhof Döringhausen (einschließlich), 2. 15 000 Kubikmeter für die Teilstrecke vom Bahnhof Döringhausen (ausgeschlossen) bis Bahnhof Corbach (Bauvorgang II).